FRAUENMONITOR 2014
ARBEITERKAMMER OÖ

Die Lage der Frauen
in Oberösterreich.

AK Oberösterreich

ooe.arbeiterkammer.at

Dr. Josef Moser, MBA
AK-DIREKTOR

Dr. Johann Kalliauer
AK-PRÄSIDENT

JOB, KINDER, HAUSHALT, ALTENPFLEGE: DAS MACHT SELBST SUPERHELDINNEN MÜDE

Oberösterreichische Frauen leisten sehr viel: Sie sind zunehmend erwerbstätig, erledigen aber nach wie vor einen großen Teil der unbezahlten Sorgearbeit. Kinderbetreuung, Haushaltsarbeit und Pflege von älteren Angehörigen – all diese Aufgaben bleiben immer noch überwiegend an den Frauen hängen.

Frauen häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen

Wer den aktuellen Frauenmonitor der Arbeiterkammer Oberösterreich durchblättert, kommt rasch zu folgendem Befund: Berufstätige Frauen sind hierzulande echte Superheldinnen, doch oft wird die Mehrfachbelastung zu viel, Körper und Seele spielen nicht mehr mit. Frauen sind deshalb häufiger als Männer von psychischen Erkrankungen betroffen. Diese sind bei Frauen bereits die häufigste Ursache für eine Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension.

Regelmäßige Bestandsaufnahme

Seit sieben Jahren analysiert die Arbeiterkammer die Lage der Frauen in Oberösterreich und Österreich. Diese kontinuierliche Bestandsaufnahme zeigt stets leichte Fortschritte, was die Gleichstellung von Frauen betrifft. Sie zeigt aber auch, dass Gleichstellungspolitik eine zähe, immer auch mit Rückschlägen verbundene Angelegenheit ist. So darf die im internationalen Vergleich relativ hohe Frauenerwerbsquote nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vollzeitarbeitsplätze für Frauen immer schwerer zu finden sind. Im Jahr 2013 hatte nur mehr die Hälfte der oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen einen Vollzeitarbeitsplatz.

Immer weniger Vollarbeitsplätze für Frauen

Teilzeit oft nicht freiwillig

Teilzeitarbeit bedeutet für viele Frauen eine gute Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren. Doch viele Frauen würden Vollzeit arbeiten, wenn sie genügend qualitätsvolle Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung hätten, oder wenn sie die Möglichkeit hätten, ihre Wochenarbeitszeit entsprechend zu erhöhen. Denn die Nachteile von Teilzeit liegen auf der Hand: Niedrige Erwerbseinkommen bedeuten schlechtere Absicherung bei Arbeitslosigkeit und letztlich auch geringere Pensionen. Bei vielen Frauen ist Altersarmut vorprogrammiert.

Schlechtere Absicherung und Altersarmut

Auch bei Vollzeit geringerer Verdienst

Die niedrigeren Fraueneinkommen sind allerdings längst nicht nur auf die geringeren Arbeitszeiten zurückzuführen. Denn im Vergleich verdienen Frauen auch bei ganzjähriger Vollzeitarbeit immer noch um 27,1 Prozent weniger als Männer. Dazu kommt, dass 27 Prozent der von Frauen erbrachten Überstunden und Mehrarbeitsstunden 2013 nicht abgegolten wurden. Ebenfalls alarmierend ist die hohe Frauen-Arbeitslosigkeit: Noch nie waren in Oberösterreich so viele Frauen ohne Job wie 2013.

Frauen-Arbeitslosigkeit so hoch wie noch nie

Auch beim Thema „Frauen in Führungspositionen" tut sich wenig. Obwohl Frauen 48 Prozent der Arbeitnehmer/-innen stellen, sind drei Viertel aller leitenden Positionen fest in Männerhand. Die Arbeiterkammer geht hier übrigens mit gutem Beispiel voran: Derzeit werden neun Abteilungen von Frauen geleitet. Das Ziel, jede zweite Führungsposition mit einer Frau zu besetzen, ist in Reichweite.

Nach wie vor wenig Frauen in Führungspositionen

Frauen lassen sich weniger gefallen

Erfreulich ist, dass immer mehr Frauen bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Die Gleichbehandlungsberatung der Arbeiterkammer wird zunehmend in Anspruch genommen. Neben Diskriminierungen beim Entgelt oder bei den Aufstiegschancen ist es vor allem das Thema sexuelle Belästigung, das die Beratungsgespräche dominiert. In vielen Fällen konnte die AK Entschädigungszahlungen für die belästigten Frauen erreichen. Mindestens ebenso wichtig aber ist, dass mit jedem erfolgreich vertretenen Fall das öffentliche Bewusstsein für diese besonders unangenehme Form der Diskriminierung geschärft wird.

Dauerthema: Sexuelle Belästigung

Frauen schätzen AK als Partnerin

Wir sind überzeugt: Es war vor allem der konsequente Einsatz der Arbeiterkammer Oberösterreich für Gleichstellung, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit, der dazu geführt hat, dass bei der AK-Wahl im März 2014 die Wahlbeteiligung der Frauen deutlich gestiegen ist. Diesen Vertrauensbeweis sehen wir als Auftrag, uns in den nächsten fünf Jahren noch stärker für die oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen und ihre Gleichstellung in allen Lebensbereichen einzusetzen.

Dr. Josef Moser, MBA
AK-Direktor

Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident

FRAUENMONITOR 2014
ARBEITERKAMMER OÖ

Die Lage der Frauen in Oberösterreich.

Der Frauenmonitor 2014 der Arbeiterkammer Oberösterreich wurde unter Federführung des AK-Frauenbüros erstellt.

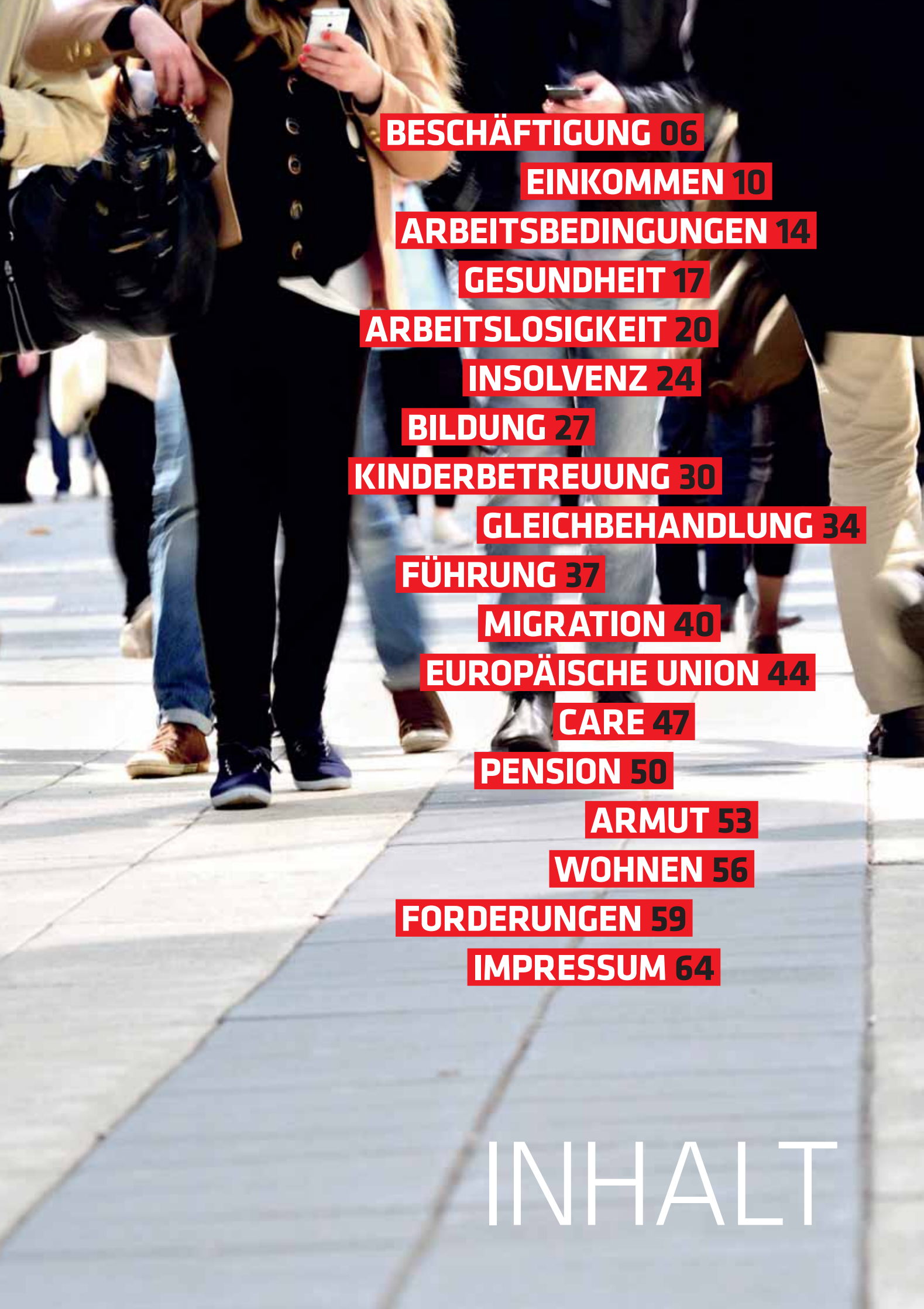
Mitgearbeitet haben Kolleginnen und Kollegen der AK-Abteilungen:

- Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik
- Bildung, Jugend und Kultur
- Arbeitsbedingungen
- Insolvenzrechtsschutz
- Kommunikation.

Kontakt:

AK-Frauenbüro
Arbeiterkammer Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz
Tel. 050/6906-2142, E-Mail: frauen@akooe.at

Den Frauenmontitor gibt es auch auf **ooe.arbeiterkammer.at** zum kostenlosen Herunterladen.



BESCHÄFTIGUNG 06
EINKOMMEN 10
ARBEITSBEDINGUNGEN 14
GESUNDHEIT 17
ARBEITSLOSIGKEIT 20
INSOLVENZ 24
BILDUNG 27
KINDERBETREUUNG 30
GLEICHBEHANDLUNG 34
FÜHRUNG 37
MIGRATION 40
EUROPÄISCHE UNION 44
CARE 47
PENSION 50
ARMUT 53
WOHNEN 56
FORDERUNGEN 59
IMPRESSUM 64

INHALT

BESCHÄFTIGUNG

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist 2013 wieder leicht gestiegen. Jubel über den Beschäftigungszuwachs ist dennoch nicht angebracht: Nur mehr die Hälfte der oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen hat einen Vollzeitjob.

NUR MEHR DIE HÄLFTE DER FRAUEN IN OBERÖSTERREICH HAT EINEN VOLLZEITJOB

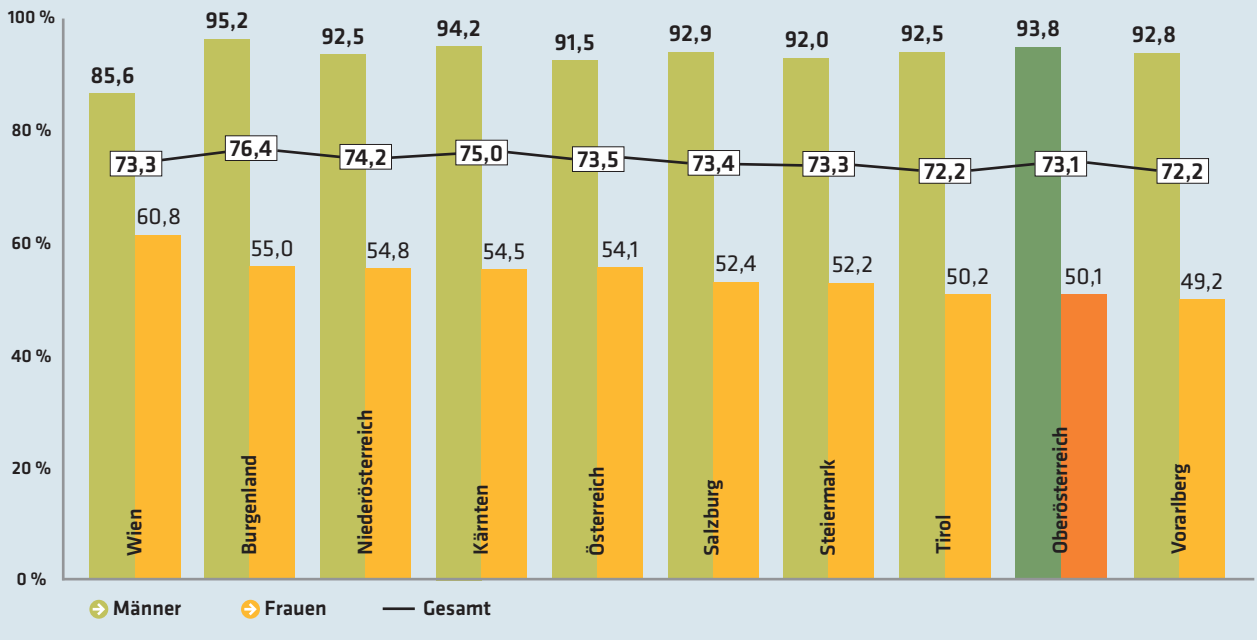
Immer mehr Frauen sind erwerbstätig. Der Anteil der Frauen an allen unselbständig Beschäftigten ist in Oberösterreich in den letzten 15 Jahren von 41,2 Prozent auf 45 Prozent gestiegen. Auch die Frauenerwerbstätigenquote (Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen im erwerbsfähigen Alter) ist in Oberösterreich mit 70 Prozent relativ hoch. Doch der Schein trügt: Für Frauen gibt es immer weniger Vollzeitstellen, fast die Hälfte arbeitet Teilzeit.

Im Jahr 2013 waren in Oberösterreich 278.579 Frauen unselbstständig beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein leichter Anstieg um 0,7 Prozent bzw. um 1908 Personen. Die Zahl der berufstätigen Frauen ist in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 1998 betrug der Anteil der Frauen an den unselbständigen Beschäftigten in Oberösterreich noch 41,2 Prozent, 2013 sind es 45 Prozent. Damit sind um rund 65.000 Frauen mehr in Beschäftigung als noch Ende der 1990er Jahre.

Zweitniedrigste Vollzeitquote

Problematisch erscheint allerdings der – in OÖ besonders eingeschränkte – Zugang von Frauen zu Vollzeitbeschäftigungen. Im Jahr 2013 hatte nur mehr etwa die Hälfte (50,1 Prozent) der Oberösterreicherinnen einen Vollzeitarbeitsplatz. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang um 0,7 Prozentpunkte. Im Bundesländervergleich liegt Oberösterreich damit auf dem vorletzten Platz. Nur Vorarlberg hat eine noch niedrigere Frauen-Vollzeitquote.

VOLLZEITQUOTEN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH
ANTEIL DER VOLLZEITBESCHÄFTIGTEN AN ALLEN UNSELBSTSTÄNDIG BESCHÄFTIGTEN, 2013



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung; AK-OÖ-Eigenberechnungen

ATYPISCHE FRAUEN-BESCHÄFTIGUNG IN OBERÖSTERREICH, 2013

	2013	Veränderung 2004 / 2013 (absolut)	
Geringfügige Beschäftigung	33.096	plus	6797
Teilzeit Beschäftigte	149.200	plus	32.714
Freie Dienstverträge gesamt	4736	minus	1558
freie Dienstverträge über der GF-Grenze	1247	minus	237
freie Dienstverträge unter der GF-Grenze	3489	minus	1321
Neue Selbständige (inkl. freie Berufe)	2146	plus	838
Leiharbeit Beschäftigte	3316	plus	1737

AK Grafik Quellen: HV-SV, GSV, BMASK, Statistik Austria, AK OÖ Berechnungen

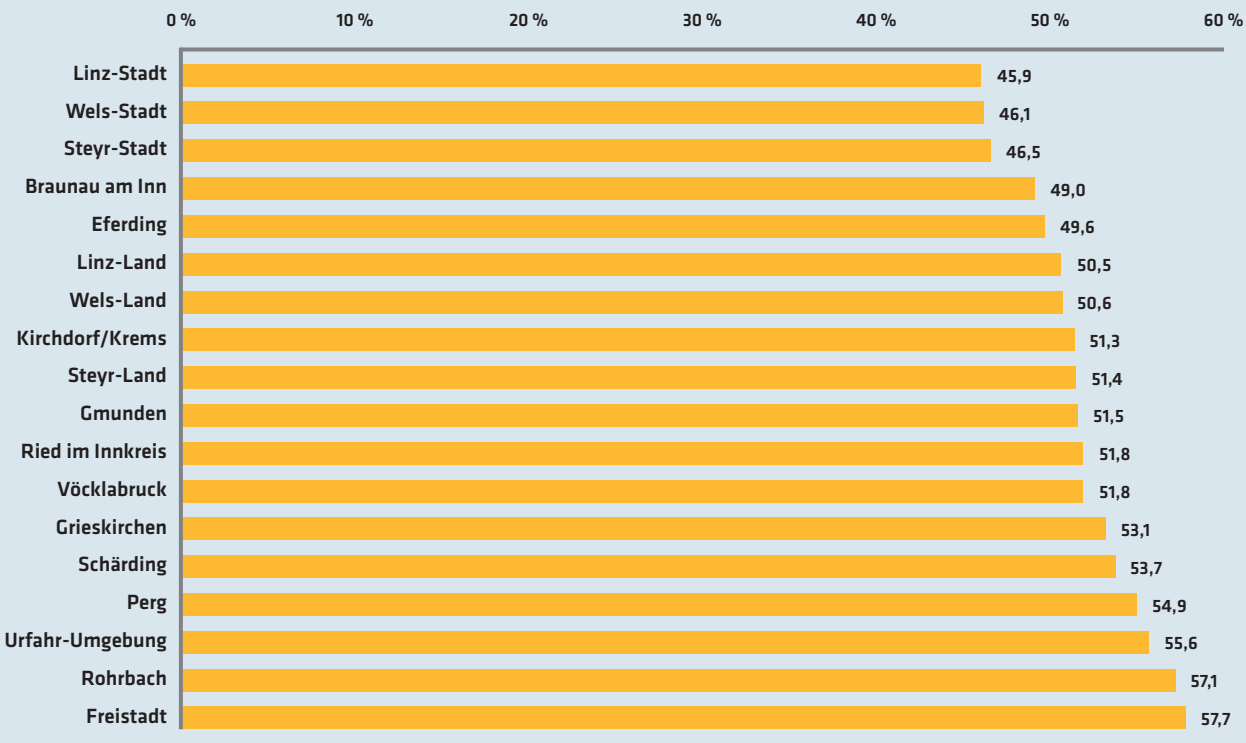
Immer mehr atypisch Beschäftigte

Während der Anteil an Vollzeit beschäftigten Frauen zurückgeht, steigt gleichzeitig die Anzahl der atypisch beschäftigten Oberösterreicherinnen. Seit dem Jahr 2004 hat alleine die Teilzeitarbeit um 28 Prozent bzw. um 32.714 Personen zugenommen. Noch dramatischer war der Anstieg bei den Leiharbeiterinnen. Ihre Zahl hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt (plus 1737).

Entscheidend ist die Vereinbarkeit

So wie in den Vorjahren gibt es in den drei Statutarstädten Linz, Wels und Steyr die geringsten Teilzeitquoten in Oberösterreich. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Städten ein höheres Pflege- und Kinderbetreuungsangebot zur Verfügung steht (siehe dazu Kapitel Kinderbetreuung, Seite 30, und Care, Seite 47). Dadurch wird die Vereinbarkeit von Betreuungspflichten mit einer Vollzeitbeschäftigung für Frauen erleichtert.

TEILZEITQUOTEN FRAUEN, OBERÖSTERREICH
ANTEIL DER FRAUEN IN TEILZEIT AN ALLEN WEIBLICHEN BESCHÄFTIGTEN IN OBERÖSTERREICH, 2012



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 2012, wohnortbasierte Daten, Basis: alle unselbstständig Beschäftigten

Frauenbranchen und Männerbranchen

Frauen und Männer arbeiten in OÖ in sehr unterschiedlichen Branchen. Stark männlich dominierte Branchen sind die Energieversorgung, die Herstellung von Waren und das Bauwesen. Auf der anderen Seite sind in Dienstleistungsbranchen überwiegend Frauen tätig. Den höchsten Anteil an beschäftigten Frauen verzeichnet der Bereich Gesundheits- und Sozialwesen mit rund 76 Prozent, gefolgt von Erziehung und Unterricht (67 Prozent) und von Beherbergung und Gastronomie (66 Prozent). Frauen sind damit häufig in Branchen tätig, die schlechter entlohnt sind und schwere Arbeitsbelastungen mit sich bringen.

Fast jede Fünfte arbeitet im Handel

Geht man nicht nur der Frage nach, wie hoch der Frauenanteil in einer bestimmten Branche ist, sondern auch welche Bedeutung die jeweilige Branche innerhalb der Frauenbeschäftigung hat, zeigt sich folgendes Bild:

Die zahlenmäßig stärkste Frauen-Branche ist der Handel. Im Jahr 2013 waren hier rund 51.000 Frauen in Oberösterreich tätig. Das entspricht rund einem Fünftel (18,1 Prozent) aller unselbstständig beschäftigten Frauen. Ein weiteres Fünftel ist in der Branche öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (17,7 Prozent) tätig.

Frauen sind überwiegend in Dienstleistungsbranchen tätig.

EINKOMMEN

Die Einkommensschere schließt sich nur im Schneckentempo: 2013 verdienten vollzeitbeschäftigte Oberösterreicherinnen noch immer um fast 12.500 Euro weniger als Männer. Den Zenit beim Einkommen erreichen die Frauen zwischen 25 und 29 Jahren, dann kommt der Knick.

FRAUEN VERDIENEN IN OBERÖSTERREICH UM 39 PROZENT WENIGER ALS MÄNNER

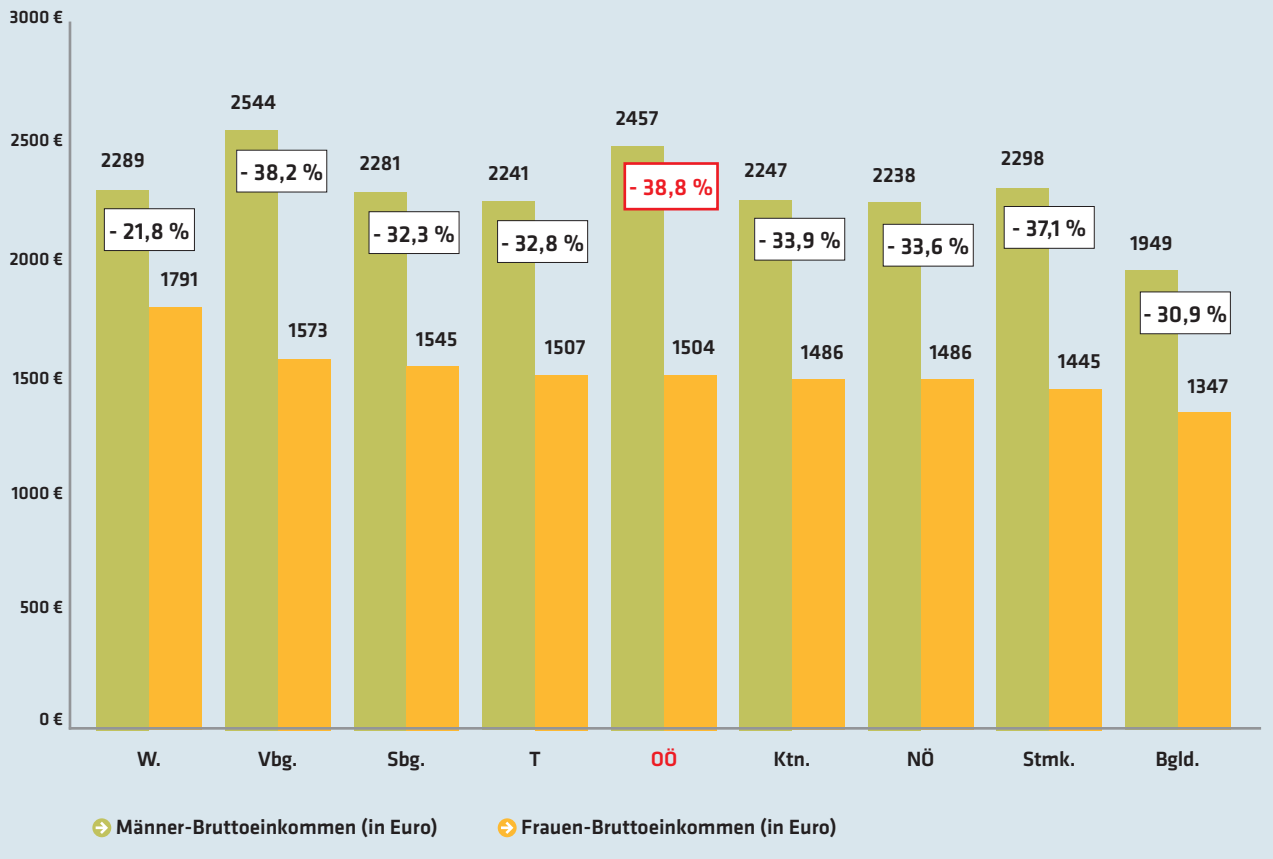
Mit fast 39 Prozent ist der Einkommensnachteil der oberösterreichischen Frauen höher als in allen anderen Bundesländern. Selbst bei Vollzeitarbeit macht der Unterschied immer noch rund 27 Prozent aus. Kein Wunder, dass zwei von drei Arbeitnehmerinnen mit ihrem Einkommen nur gerade oder gar nicht über die Runden kommen.

Viele Frauen sind von niedrigen Erwerbseinkommen betroffen. Das beeinflusst natürlich die gesamte finanzielle Situation im Haushalt. Laut Arbeitsklima Index der Arbeiterkammer Oberösterreich kamen 2012 und 2013 insgesamt zwei Drittel (67 Prozent) der Arbeitnehmerinnen finanziell gerade oder gar nicht über die Runden. Bei den Männern ist mehr als jeder Zweite betroffen (55 Prozent).

Rund 1500 Euro brutto im Monat verdiente eine Oberösterreicherin 2012 (im Median: je die Hälfte erhielt mehr oder weniger). Das liegt fast fünf Prozent unter dem bundesweiten Wert von knapp 1580 Euro. Der Unterschied zum Männereinkommen ist mit 38,8 Prozent (Österreich: 32,3 Prozent) der höchste unter allen Bundesländern:

Oberösterreich hat größten Unterschied zwischen Männer- und Fraueneinkommen

BRUTTOMONATSEINKOMMEN (IN EURO) UND FRAUEN-EINKOMMENSNACHTEIL (IN %)
BUNDESLÄNDER, MEDIANEINKOMMEN INKL. TEILZEIT, 2012



AK Grafik Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AK OÖ; Arbeiter/-innen und Angestellte inkl. Teilzeit über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne Lehrlinge; Jahresvierzehntel; Median = Einkommenswert in der Mitte (je die Hälfte der Beschäftigten verdient mehr bzw. weniger als diesen Wert)

Einkommensknick mit 30

Ursache: unfreiwillig lange Berufsunterbrechung aufgrund mangelnder Betreuungsangebote

Während bei Männern mit dem Alter meist auch das Einkommen steigt, sackt es bei Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren ab. Ursachen sind familienbedingte Berufsunterbrechungen oder Arbeitszeitreduktionen, die – aufgrund nicht ausreichender Betreuungsangebote (siehe Kapitel Kinderbetreuung, Seite 30, und Kapitel Care, Seite 47) – teils größer ausfallen als gewollt. Ab 40 steigt das Einkommen wieder leicht, bleibt aber weit von den Männereinkommen entfernt. Während österreichweit die Frauen ab 50 mehr verdienen als in jungen Jahren, erreichen Oberösterreicherinnen den „Spitzenwert" von rund 1730 Euro (Alter 25 bis 29) nie wieder.

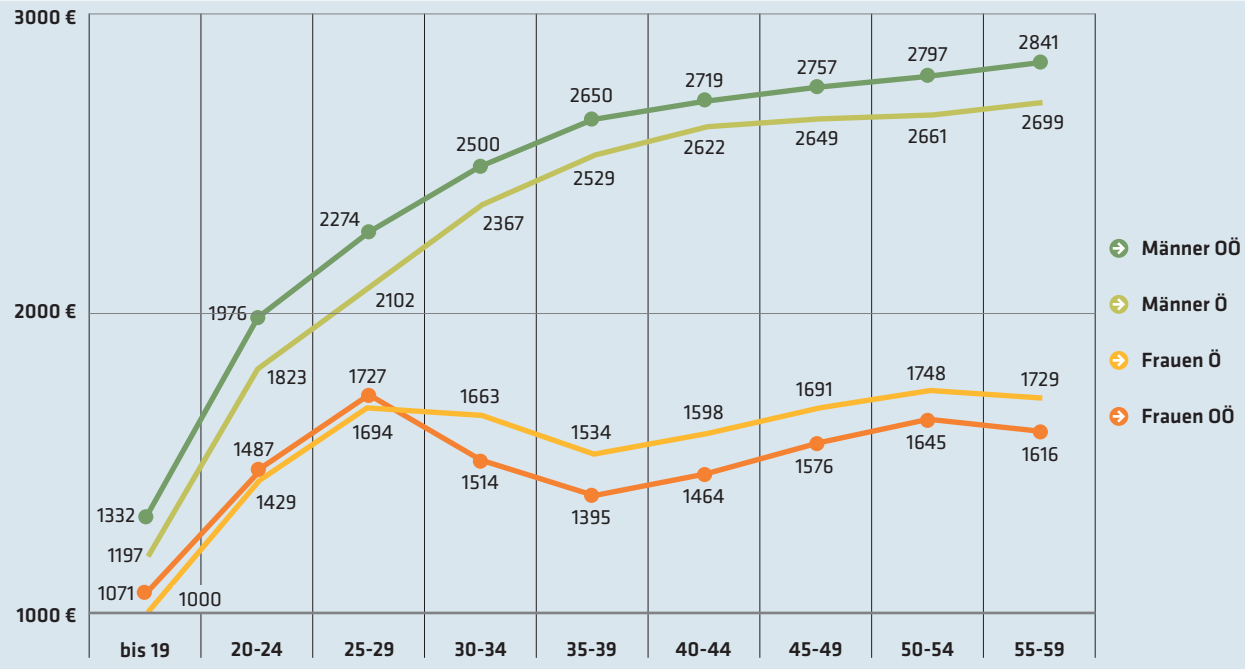
Dass im industriestarken Oberösterreich die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen besonders hoch sind, liegt nicht nur an der hohen Frauenteilzeitquote, sondern auch an der starken „Geschlechtertrennung" auf dem Arbeitsmarkt (siehe Kapitel Beschäftigung, Seite 6).

Nachteile trotz Vollzeit

Vollzeitbeschäftigte Oberösterreicherinnen verdienen um rund 12.430 Euro bzw. 27,1 Prozent weniger als Männer (Österreich: Minus von 10.650 Euro bzw. 22,7 Prozent). Das ist nach Vorarlberg der zweithöchste Einkommensnachteil im Bundesländervergleich. Der Vollzeitbruttobezug betrug 2012 für Oberösterreicherinnen im Schnitt rund 33.500 Euro (Österreich: 36.170 Euro), das ist der drittniedrigste Wert im Bundesländervergleich. Oberösterreichs Männer erhalten mit 45.900 Euro (Österreich: 46.800 Euro) die bundesweit vierthöchsten Bezüge. Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern wurde etwas kleiner, da im konjunkturschwachen Jahr 2012 der Anstieg der Männereinkommen mit drei Prozent (Österreich: 2,8 Prozent) etwas geringer war als bei den Frauen, deren Einkommen um 3,4 Prozent wuchsen (Österreich: 3,3 Prozent).

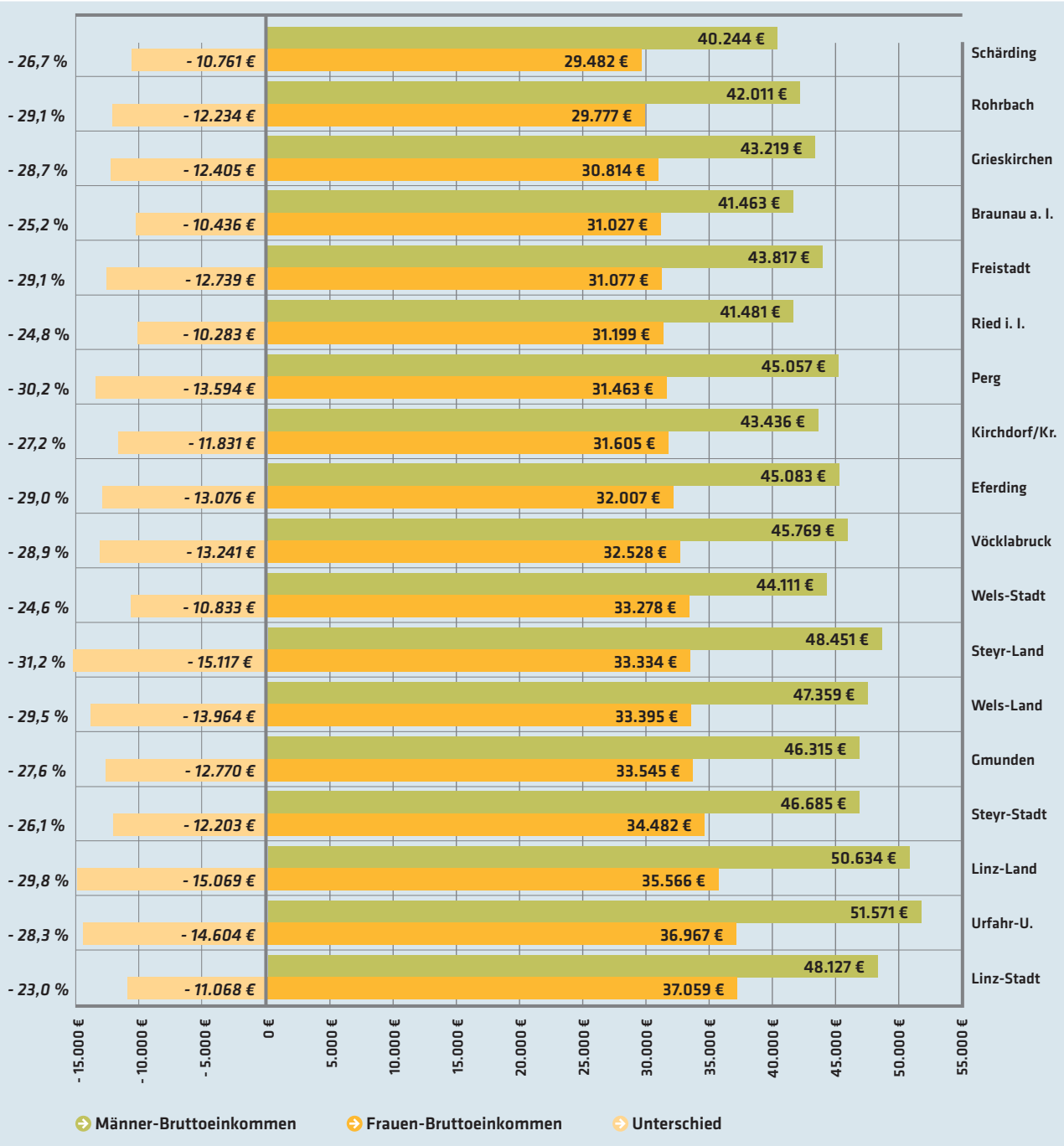
In Oberösterreich reichen die Frauen-Vollzeiteinkommen von rund 29.480 (Schärding) bis 37.060 (Linz-Stadt). Den größten Abstand zwischen Männer- und Fraueneinkommen gibt es in Steyr-Land (31,2 Prozent), den geringsten in Linz-Stadt (23 Prozent).

BRUTTO-MONATSEINKOMMEN NACH ALTER
ÖSTERREICH UND OBERÖSTERREICH, MEDIANEINKOMMEN INKL. TEILZEIT 2012



AK Grafik Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AK OÖ; Arbeiter/-innen und Angestellte inkl. Teilzeit über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne Lehrlinge; Jahresvierzehntel; Median = Einkommenswert in der Mitte (je die Hälfte der Beschäftigten der jeweiligen Altersgruppe verdient mehr bzw. weniger als diesen Wert)

VOLLZEIT-BRUTTOJAHRESEINKOMMEN UND FRAUEN-EINKOMMENSNACHTEIL
BEZIRKE, DURCHSCHNITTSEINKOMMEN GANZJÄHRIG VOLLZEITBESCHÄFTIGTER, 2012



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerstatistik 2012, AK OÖ; durchschnittliche Bruttobezüge aller ganzjährig vollzeitbeschäftigten Lohnsteuerpflichtigen inkl. Beamte/-innen und Lehrlinge (Wohnortbetrachtung)

20 Millionen unbezahlte Überstunden

Da 2013 die Wirtschaft de facto nicht wuchs (real plus 0,4 Prozent), gab es beim Arbeitsvolumen und den Überstunden einen Rückgang. Doch mehr als jede vierte (27 Prozent) von Frauen erbrachte Über- bzw. Mehrarbeitsstunde wurde 2013 nicht abgegolten, in Summe sind das 20 Millionen Stunden. Bei den Männern wird knapp jede fünfte Überstunde (17 Prozent) – insgesamt 33 Millionen Stunden – nicht bezahlt. Somit wurden den Arbeitnehmern/-innen 2013 etwa 1,1 bis 1,3 Milliarden Euro an Löhnen und Gehältern vorenthalten.

1,1 bis 1,3 Milliarden an Löhnen und Gehältern vorenthalten

ARBEITS-BEDINGUNGEN

Der AK-Arbeitsgesundheitsmonitor zeigt, dass Frauen aufgrund der Arbeitsbedingungen mehr an gesundheitlichen Problemen leiden als Männer. Es muss sich aber auch bei der Aufteilung der Haus- und Betreuungsarbeit einiges ändern.

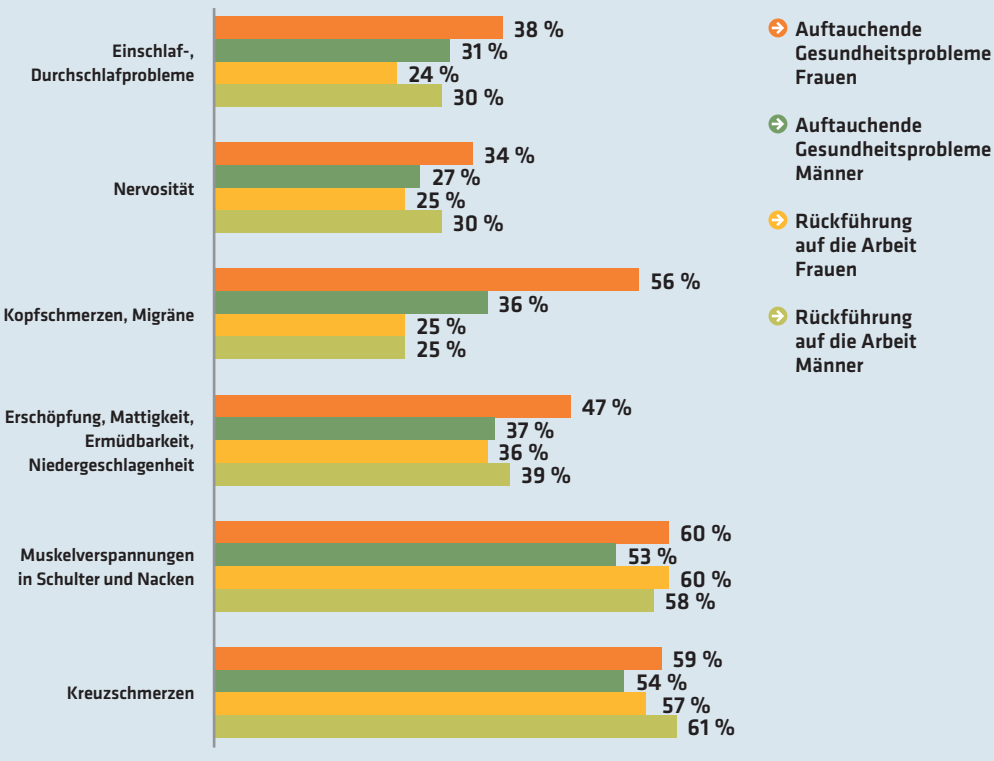
ARBEIT, DIE KRANK MACHT: FRAUEN HÄUFIGER BETROFFEN ALS MÄNNER

Frauen leiden deutlich mehr an gesundheitlichen Problemen durch belastende Arbeitsbedingungen als Männer. Ein wichtiger Faktor für die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen ist aber nach wie vor auch die Mehrfachbelastung durch Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Betreuung und Pflege. Bessere Arbeitsbedingungen und ein Aufbrechen der traditionellen Rollenteilung sind daher gleichermaßen wichtig, wenn Frauen in Zukunft später in Pension gehen sollen.

Die Arbeitswelt stellt an Frauen vielfach andere Anforderungen als an Männer. In vielen Branchen sind die Belastungen aber ähnlich. Das Heben von schweren Lasten, Nachtarbeit oder Schicht- und Wochenenddienste sind in der Reinigung, im Handel, in der Gastronomie oder in der Pflege und Betreuung genauso üblich wie in der industriellen Produktion. Bei Frauen ist allerdings die Wahrscheinlichkeit signifikant höher, dass sie mehr unbezahlte Arbeit zu Hause leisten als Männer.

Stress, verursacht durch zu hohe Arbeitsdichte oder fehlende Pausen, fehlende Karrieremöglichkeiten oder diskriminierende Entlohnung verursachen psychische Belastungen. Der Arbeitsgesundheitsmonitor der Arbeiterkammer Oberösterreich zeigt, dass Frauen aufgrund der Arbeitsbedingungen deutlich mehr an gesundheitlichen Problemen leiden als Männer.

GESUNDHEITLICHE PROBLEME UND RÜCKFÜHRUNG AUF DIE ARBEIT



AK Grafik Österreichischer Arbeitsgesundheitsmonitor der AK OÖ und IFES, 2012/2013

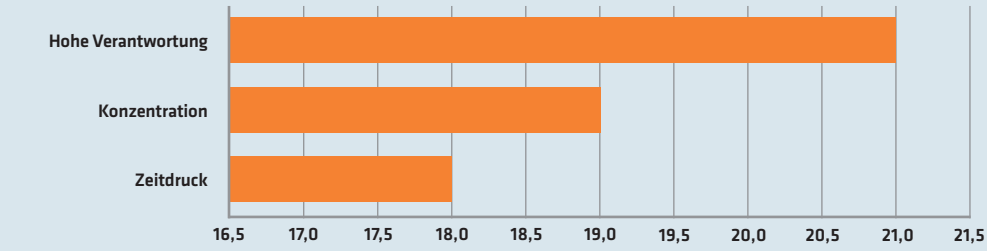
Hohe Verantwortung und Zeitdruck

Psychische Erkrankungen bei Frauen Hauptgrund für I-Pension

Unzufriedenheit mit den Führungskräften, unklare Aufgabenstellungen, zu viele Aufträge in zu kurzer Zeit, wenig oder keine Rückmeldung – all das kann psychisch krank machen. So empfinden es etwa Frauen in der Pflege und Betreuung als äußerst belastend, dass sie viel zu viel Zeit für Dokumentation und Bürokratie verwenden müssen und ihnen deshalb viel zu wenig Zeit bleibt für die älteren Menschen, die ihre Zuwendung dringend brauchen. Diese hohe Verantwortung bleibt bei ihnen, doch die Zeit dafür wird ständig weniger.

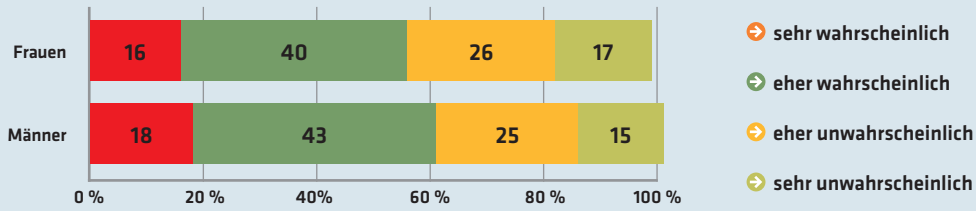
So ist es nicht verwunderlich, dass der Hauptgrund für Invaliditätspensionen bei Frauen psychiatrische Krankheiten sind. Und nur 56 Prozent der Frauen glauben, bis zum Regelpensionsalter ihren Beruf ausüben zu können.

... % DER FRAUEN SIND (SEHR) STARK BELASTET DURCH



AK Grafik Quelle: Österreichischer Arbeitsgesundheitsmonitor der AK OÖ und IFES, 2012/2013

BERUF BIS 60/65 AUSÜBEN KÖNNEN



AK Grafik Arbeitsklima Index AK OÖ und IFES 2012/2013, Rundungsdifferenzen möglich

Frauen sind zudem aufgrund der immer noch herrschenden Rollenteilung stark abhängig von Rahmenbedingungen, die die Erwerbsarbeits- und auch die Regenerationsmöglichkeiten bestimmen, wie etwa unpassende Öffnungszeiten der Kindergärten, fehlende Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten für Angehörige, kein Nahversorger in unmittelbarer Nähe, wenig öffentliche Verkehrsmittel oder unterschiedliche freie Tage an den Schulen. All dies ist für viele Frauen Teil des alltäglichen Organisationsmanagements, um alles zu schaffen – und bestimmt damit auch maßgeblich die Belastbarkeit von Frauen.

GESUNDHEIT

Die Gesundheitsversorgung ist so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen von Frauen entspricht. Das hat die Weltgesundheitsorganisation vor 20 Jahren festgeschrieben. Mit gutem Grund: Auch beim Thema Gesundheit gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

TROTZ HÖHERER LEBENSERWARTUNG SIND FRAUEN GESUNDHEITS-PESSIMISTISCH

Sie leben länger, dennoch schätzen Frauen ihren Gesundheitszustand pessimistischer ein als Männer. Sie achten mehr auf Vorbeugung und schlucken trotzdem mehr Medikamente. Sie sind häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen. Auch beim Themenkomplex Gesundheit und Krankheit gibt es große Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Frauen haben eine höhere Lebenserwartung als Männer. Die durchschnittliche Lebenserwartung von heute geborenen Frauen liegt bei 83,3 Jahren, jene von Männern bei 78 Jahren.

Frauen achten auf Vorsorge

Vorsorgeuntersuchungen: 60 % Frauen, 40 % Männer

Dennoch schätzen Frauen ihren Gesundheitszustand pessimistischer ein. Sie gehen laut Statistik Austria davon aus, 76 Prozent ihres Lebens gesund zu bleiben, Männer geben sich 80 Prozent gesunde Lebensjahre. Diese Einschätzung könnte auch ein Grund dafür sein, dass Frauen häufiger Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen als Männer. Aktuelle Zahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger zeigen, dass von rund einer Million durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen im Jahre 2012 etwas mehr als 60 Prozent von Frauen in Anspruch genommen worden sind.

Deutlich mehr Frauen als Männer sprechen in ihrem Familien- und Freundeskreis über ihre Gesundheit, zeigt eine Untersuchung des Instituts für Gesundheitsplanung.

Medikamente nicht frauengerecht

Lange Zeit wurden neue Medikamente ausschließlich auf Männer zugeschnitten. Auch heute noch sind Frauen in der Pharmaforschung in der Minderheit. Zu welchen medizinischen Fehlwirkungen das bei Frauen führen kann, zeigt sich am Aspirin, dem weltweit meistverkauften Medikament. Aspirin wurde bei der Entwicklung an keiner einzigen Frau getestet. Heute ist bekannt, dass Aspirin das Schlaganfallrisiko von Frauen verringert, aber nicht – wie bei den Männern – auch das Herzinfarktrisiko. Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind schon lange keine Männersache mehr. Im Jahre 2012 starben laut Statistik Austria 48 Prozent der Frauen an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, aber nur 37 Prozent der Männer.

Der vom Gesundheitsministerium herausgegebene Österreichische Frauengesundheitsbericht zeigt auf, dass etwa zwei Drittel aller Medikamente an Frauen verschrieben werden. Psychopharmaka werden zu einem überwiegenden Anteil von Frauen geschluckt. Bei gleichen Symptomen wird bei Frauen oft schneller eine Depression diagnostiziert als bei Männern.

Dabei spielen neben physiologischen Geschlechtsunterschieden auch psychosoziale Einflussfaktoren eine Rolle. Frauen sind durch Mehrfachbelastungen (Job, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen…) oft einer allgemeinen Überlastung ausgesetzt. So ist es nicht verwunderlich, wenn Frauen von psychischen Erkrankungen häufiger betroffen sind als Männer. Etwas mehr als zehn Prozent der Krankenstandstage bei den Frauen wurden 2012 durch psychische Erkrankungen verursacht. Bei den Männern entfielen auf diese Erkrankungen sechs Prozent ihrer Krankenstandstage (Hauptverband 2012).

Bereits 1994 hat die Weltgesundheitsorganisation in der sogenannten Wiener Erklärung festgestellt, dass der Gesundheit von Frauen ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zugemessen werden muss. Die Gesundheitsversorgung ist so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Auch im Rahmen der österreichweit geltenden Gesundheitsziele ist die Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern festgelegt. Für alle Altersgruppen ist zu gewährleisten, dass unabhängig vom Geschlecht dieselben Gesundheitschancen bestehen. Das öffentliche Gesundheitssystem hat diesem Ziel Rechnung zu tragen.

Mehr weiblich besetzte Gynäkologie-Praxen

Wie solche Vorgaben umgesetzt werden können, zeigt folgendes Beispiel: Weil viele Frauen lieber zu einer Gynäkologin als zu einem Gynäkologen gehen wollen, es aber wenig weiblich besetzte Praxen gab, hat das Gesundheitsministerium 2010 eine Verordnung erlassen. Bei der Vergabe von Kassenverträgen im Fachbereich Gynäkologie bekommen Frauen zusätzliche Punkte. Das hat dazu geführt, dass etwa in Linz das Verhältnis Frauenärzte/Frauenärztinnen fast ausgeglichen ist.

ARBEITS-LOSIGKEIT

Im Jahr 2013 waren in Oberösterreich mehr als 22.000 Frauen auf Arbeitssuche – ein Rekordwert. Teilzeit und niedrige Erwerbseinkommen führen dazu, dass das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Frauen um rund 20 Prozent niedriger ist als jenes der Männer.

FRAUEN-ARBEITSLOSIGKEIT HOCH WIE NIE
22.000 IN OBERÖSTERREICH AUF JOBSUCHE

Die Konjunktur bleibt schwach, die Zahl der arbeitslosen Frauen in Oberösterreich erreicht traurige Rekordwerte. Im Jahresdurchschnitt 2013 waren in Oberösterreich 14.264 Frauen arbeitslos – so viele wie noch nie. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg von 1630 Personen. Alles in allem waren im vergangenen Jahr mehr als 22.000 Frauen auf Arbeitssuche.

FRAUENARBEITSLOSIGKEIT IN OBERÖSTERREICH, 2013

	Bestand	Veränderung Bestand zum VJ absolut
▶ **ALTER**		
bis 19 Jahre	658	17
20 bis 24 Jahre	2059	200
Jugendliche < 25 Jahre	2717	217
Erwachsene 25 - 44 Jahre	7233	686
Ältere ≥ 45 Jahre	4314	726
▶ **NATIONALITÄT**		
Inländerinnen	11.406	1076
Ausländerinnen	2859	553
▶ **AUSBILDUNG**		
Akademische Ausbildung	717	105
Höhere Ausbildung	1164	121
Mittlere Ausbildung	1089	70
Lehrausbildung	4318	436
Pflichtschule	6142	727
Keine abgeschlossene Schule	621	111
Ungeklärt	214	60
▶ **GESUNDHEITLICHE VERMITTLUNGSEINSCHRÄNKUNGEN**		
Arbeitslose behinderte Personen	459	97
Personen mit gesundheitl. Vermittlungseinschr.	2228	446
Personen ohne gesundheitl. Vermittlungseinschr.	12.036	1184
▶ **ARBEITSLOSE FRAUEN GESAMT**	**14.264**	**1630**
Schulungsteilnehmerinnen	5703	420
Lehrstellensuchende	346	0
Bildungskarenz*	1137	65
Pensionsvorschussbezieherinnen*	236	- 729
Übergangsgeldbezieherinnen*	384	- 106
▶ **ARBEITSSUCHENDE FRAUEN GESAMT**	**22.070**	**1280**

AK Grafik Quelle: AMS; AK-Berechnungen

* Daten vom letztverfügbaren Monat (November 2013)

In der offiziellen AMS-Statistik sind unter der Kategorie Arbeitslosigkeit einige Personengruppen, die nicht aktiv beschäftigt sind und eine Beschäftigung grundsätzlich anstreben, nicht ausgewiesen: etwa Schulungsteilnehmerinnen, Lehrstellensuchende, Personen in Bildungskarenz und Bezieherinnen eines Pensionsvorschusses oder eines Übergangsgeldes. Im Jahr 2013 waren damit in Summe 22.070 Frauen in Oberösterreich auf Arbeitssuche.

2013: 22.070 Frauen auf Arbeitssuche

Arbeitsmarktlage spitzt sich zu

Bei der Betrachtung des Arbeitslosenanstiegs zeigt sich, dass ältere Frauen über 45 Jahre, Frauen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft und Frauen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen besonders betroffen sind. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Arbeitsmarktchancen ist die Ausbildung. Je geringer die Qualifikation, umso höher ist das Arbeitslosigkeitsrisiko. Im Jahr 2013 war das Arbeitslosigkeitsrisiko von Frauen mit maximal Pflichtschulabschluss (12 Prozent) dreimal so hoch wie bei Lehrabsolventinnen (4,3 Prozent) und sechsmal so hoch wie bei Absolventinnen einer berufsbildenden mittleren oder einer allgemeinbildenden höheren Schule (2,1 Prozent).

Je weniger Bildung, desto weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Gegenmaßnahmen sind notwendig

Während die beträchtlichen Zuwächse bei der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 noch zu kräftigen gegensteuernden Impulsen der heimischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik geführt haben, besteht aktuell wenig Sensibilität und Bereitschaft, massiv gegen die Rekordarbeitslosigkeit anzukämpfen. Das ist besonders problematisch nicht nur aufgrund der persönlichen Schicksale, die sich hinter den Arbeitslosenzahlen verbergen, sondern vor allem aufgrund der volkswirtschaftlichen und demokratiepolitischen Folgen.

Wenn eine große Anzahl von Menschen dauerhaft von zentralen gesellschaftlichen Teilsystemen – wie dem Arbeitsmarkt – ausgegrenzt ist, wird die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie untergraben. Es ist daher notwendig, schnell und massiv gegen die Rekordarbeitslosigkeit gegenzusteuern – sowohl in Oberösterreich als auch auf nationaler Ebene.

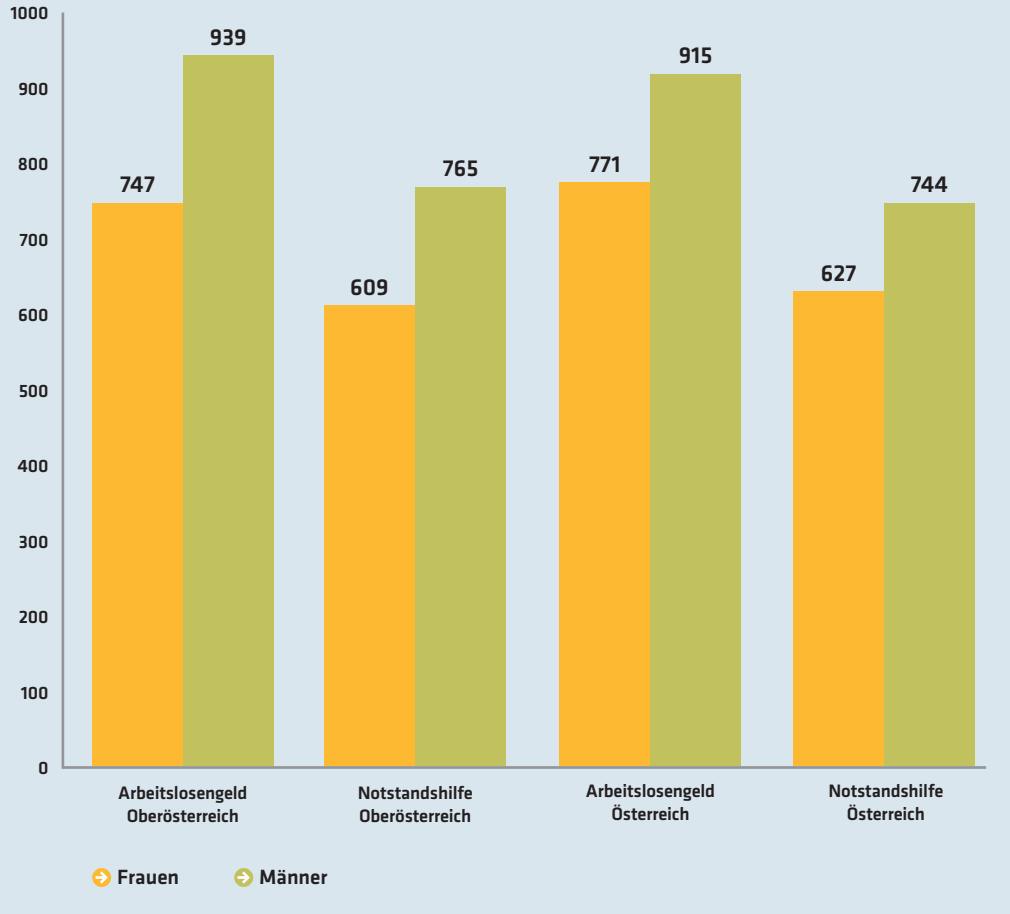
Arbeitslosengeld zu niedrig

Im November 2013 betrug das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld der Männer in Oberösterreich 939 Euro. Frauen erhielten durchschnittlich 747 Euro und somit um 192 Euro bzw. um 20,4 Prozent weniger. Ähnlich hoch sind die Unterschiede bei der Notstandshilfe. Zurückzuführen sind die niedrigeren Leistungshöhen von Frauen auf die geringeren Erwerbseinkommen, etwa aufgrund von Teilzeitarbeit – aber auch auf die Tatsache, dass Frauen unabhängig vom Ausmaß der Arbeitszeit generell weniger verdienen als Männer.

Auffallend ist, dass die finanziellen Ersatzleistungen bei arbeitslosen Männern in Oberösterreich über dem Österreichdurchschnitt, die Ersatzleistungen der arbeitslosen Frauen in Oberösterreich jedoch unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Das deutet auf die überdurchschnittlichen Lohn- und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in Oberösterreich hin (siehe Kapitel Einkommen, Seite 10).

Arbeitslosengeld für Frauen in OÖ unter dem Bundesdurchschnitt

ARBEITLOSENGELD UND NOTSTANDSHILFE (IN EURO)



AK Grafik Quelle: AMS, 11/2013

Problem: Anrechnung des Partnereinkommens

Bei Lebensgemeinschaften oder Ehen wird das Einkommen des Partners unter Berücksichtigung bestimmter Freibeträge auf die Notstandshilfe angerechnet. Dadurch verringert sich die Notstandshilfe oder entfällt gänzlich. Im Jahr 2013 erhielten in Österreich 16.588 Menschen, davon rund 81 Prozent Frauen, aufgrund der Partnereinkommensanrechnung keine Notstandshilfe. In Oberösterreich waren es 2332 Personen, davon 86,2 Prozent Frauen.

INSOLVENZ

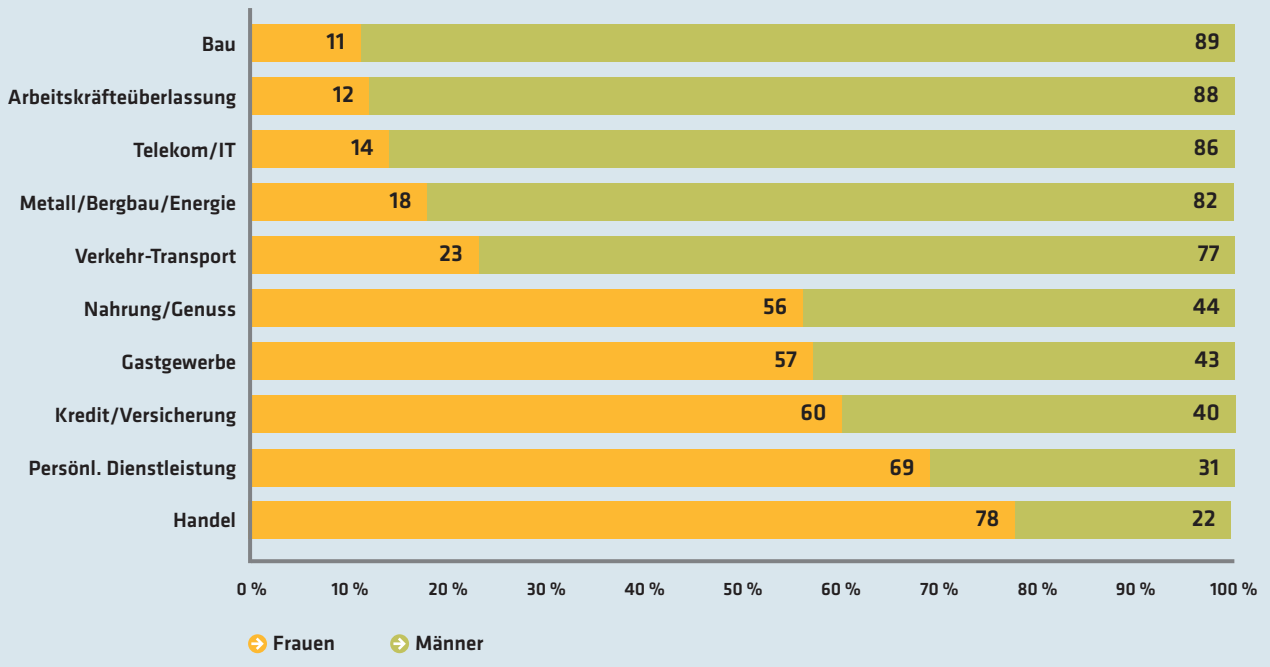
In Oberösterreich gab es in jüngster Zeit vermehrt Insolvenzen in Betrieben mit hohem Frauenanteil. Ein bei Firmenpleiten immer wieder auftauchendes Problem, das Frauen ebenso betrifft wie Männer, sind die kurzen Verfallsfristen bei Unterbezahlung.

ERSTMALS UNGEWÖHNLICH VIELE FRAUEN VON INSOLVENZ BETROFFEN

Bisher waren in Oberösterreich überwiegend Männer von Insolvenzen ihrer Arbeitgeber betroffen. 2013 waren es – vor allem durch die Pleite der Handelskette dayli – erstmals sehr viele Frauen. Beim Schlecker-Nachfolger dayli waren 98,5 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer/-innen weiblich.

Die Insolvenz der TAP dayli Vertriebs GmbH war nicht die einzige, von der Frauen besonders betroffen waren. Zuletzt gab es in Oberösterreich vermehrt Insolvenzen in Branchen mit hohem Frauenanteil, zum Beispiel im Reinigungsgewerbe und im Handel.

ANTEILE FRAUEN UND MÄNNER IN INSOLVENTEN BETRIEBEN NACH BRANCHEN, IN PROZENT



AK Grafik Quelle: AK-OÖ-Berechnungen: Insolvenzstatistik 2014

Linz-Land am stärksten betroffen

In Linz-Land, wo dayli seinen Firmensitz hatte, hatte die Großpleite naturgemäß den größten Einfluss auf die geschlechterbezogene Insolvenzstatistik. Auch in Steyr-Stadt war der Frauenanteil in insolventen Betrieben etwas höher. In Wels-Stadt und Wels-Land waren gleich viele Frauen wie Männer betroffen.

Insolvenzen nach Betriebsgröße

In 331 insolventen oberösterreichischen Kleinbetrieben mit weniger als zehn Arbeitnehmern/-innen war mehr als ein Drittel der Betroffenen weiblich (38,31 Prozent). Der Frauenanteil in 91 Mittelbetrieben mit zehn bis 100 Beschäftigten lag bei 28,79 Prozent. In den acht insolventen Großbetrieben mit mehr als 100 Beschäftigten lag der Frauenanteil bei 59,21 Prozent!

Acht insolvente Großbetriebe: Frauenanteil bei fast 60 Prozent

OBERÖSTERREICHISCHE ARBEITNEHMERINNEN INSOLVENTER BETRIEBE NACH FIRMENSITZ (ZAHL BETROFFENER PERSONEN)

Bezirk	Frauen	Gesamt	Frauenanteil in %
Braunau/Inn	53	166	32
Eferding	24	49	49
Freistadt	9	25	36
Gmunden	42	172	24
Grieskirchen	49	172	28
Kirchdorf/Krems	48	189	25
Linz-Stadt	98	445	22
Linz-Land	684	1039	66
Perg	91	387	24
Ried/Innkreis	51	92	55
Rohrbach	13	27	48
Schärding	29	147	20
Steyr-Stadt	80	144	56
Steyr-Land	30	108	28
Urfahr-Umgebung	20	55	36
Vöcklabruck	152	560	27
Wels- Stadt	343	717	48
Wels-Land	85	167	51
Gesamt	1901	4661	41

AK Grafik Quelle: AK-OÖ-Berechnungen: Insolvenzstatistik 2014

Wer hilft bei Insolvenz?

Kostenlose Beratung und Vertretung vor Gericht durch die AK

Die Abteilung Insolvenzrechtsschutz der Arbeiterkammer Oberösterreich bietet eine kostenlose Beratung und Vertretung vor Gericht und beim Insolvenz-Entgelt-Fonds. Diese Stelle entscheidet über die Anträge auf Insolvenz-Entgelt und zahlt die offenen Forderungen aus. Die Vertretung durch die AK wird fast lückenlos in Anspruch genommen.

Durchschnittliche Wartezeit 51 Tage

Im Jahr 2013 hat die Arbeiterkammer für 4847 Frauen aus insolventen Betrieben mit Sitz in Oberösterreich Forderungen von rund 44 Millionen Euro geltend gemacht. Die Wartezeit bis zur ersten Zahlung nach Insolvenzeröffnung betrug für 74 Prozent der Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt 51 Tage.

Die größte Insolvenz 2013 in OÖ

Von österreichweit 3598 betroffenen Arbeitnehmern/-innen bei dayli waren 3544 weiblich, das sind 98,5 Prozent. Da der Firmensitz in Oberösterreich lag, wurden alle von der AK Oberösterreich vertreten. Die meisten Arbeitnehmerinnen waren Teilzeit beschäftigt. Der Ausfall einer Gehaltszahlung und des Urlaubszuschusses führte zu massiven finanziellen Problemen.

Zudem waren viele Frauen unterbezahlt. Die Entgelte wegen falscher Gehaltseinstufung konnten aber leider nur für ein Jahr einbringlich gemacht werden. Rund 1100 Frauen mussten wegen der kurzen kollektivvertraglichen Verfallsfrist auf mindestens 2,2 Millionen Euro brutto verzichten. Alle Frauen verloren ihren Arbeitsplatz, es wurden Insolvenzstiftungen zur Weiterqualifizierung oder Umschulung angeboten.

Von den 625 in oberösterreichischen dayli-Filialen beschäftigt gewesenen Frauen waren Ende März 2014 noch 54 arbeitslos gemeldet, 143 waren zu diesem Zeitpunkt noch in Stiftungsmaßnahmen. (Quelle: AMS OÖ)

Was die Pleite für die betroffenen Frauen bedeutet, zeigen zwei Beispiele:

Frau Sch. (54 Jahre) ist seit dem Austritt im September 2013 arbeitslos. Sie wird bald in die Stiftung eintreten können. Wegen ihres Alters ist sie aber nicht sehr zuversichtlich, auf dem Arbeitsmarkt noch eine Chance zu haben.

Frau B. (50 Jahre) verlor ihren Arbeitsplatz im August 2013 und nützt die Stiftungsmaßnahme dazu, im zweiten Bildungsweg den Lehrabschluss nachzuholen. Sie freut sich über diese unerwartete Möglichkeit und hofft, bald einen entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

BILDUNG

Beim Bildungsstand haben die Frauen enorm aufgeholt. Mittlerweile sind bereits mehr als 60 Prozent der Universitätsabsolventen/-innen eines Jahrgangs weiblich. Die bessere Bildung spiegelt sich aber nur unzureichend in besseren Berufschancen wider.

BERUFSCHANCEN HALTEN MIT BESSERER BILDUNG DER FRAUEN NICHT SCHRITT

Von Chancengleichheit ist Österreich beim Thema Bildung weit entfernt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind ein höheres Bildungsniveau erreicht als seine Eltern, ist gering. Bei Frauen kommen noch geschlechtsspezifische Benachteiligungen hinzu. Obwohl sie beim Bildungsstand die Männer zum Teil bereits überholt haben, haben die Männer beim Einkommen und bei den Aufstiegschancen weiterhin die Nase vorn.

DURCHSCHNITTLICHER BRUTTOLOHN PRO TAG IN EURO (ANNÄHERUNG)

Lehrberufs-gruppe	weiblich	männlich	gesamt	Frauen-anteil
Chemie	44,9	57,2	55,3	15 %
Elektro	38,4	53,6	53,4	1 %
KFZ/Metall	40,0	53,5	53,2	2 %
Bau	31,4	46,8	45,9	6 %
Papier/Graphik	35,6	45,9	42,7	31 %
Verkehr	36,5	42,7	40,6	34 %
TischlerIn/Holz	30,2	41,3	40,5	7 %
Medien/Technik	33,4	40,9	39,5	19 %
Lebensmittel	31,5	42,8	38,1	42 %
Textil	28,6	44,1	35,4	56 %
Büro	34,6	38,5	35,3	83 %
Lands./Stein/Erde	27,8	42,5	35,2	49 %
Handel	30,0	37,2	32,0	72 %
Gesundheit/Soziales	30,8	36,4	31,6	84 %
Gastgew./Tourismus	30,1	32,1	30,8	63 %
Friseure/-innen	25,9	27,9	25,9	97 %
Gesamt	31,3	48,4	42,2	36 %

AK Grafik Quelle: Berufskarrieren in Oberösterreich, IBE, 2012

Viele Statistiken und Untersuchungen belegen, dass sich der Bildungsstand der Frauen in den letzten 30 Jahren massiv erhöht hat. Sie sind mit den Männern gleichgezogen, haben diese teilweise bereits überholt. Der Anteil der Frauen an den Universitätsabsolventen/-innen hat im Jahr 2012/13 erstmals die 60-Prozent Marke überschritten (61,4 Prozent). Lediglich bei den Doktoratsstudien haben die Männer mit 56,3 Prozent noch die Nase vorn. (Quelle: Unidata)

Diese bessere Bildung spiegelt sich aber nur unzureichend in besseren Berufschancen wider. Neben der hohen Teilzeitquote und Lohndiskriminierung bei gleicher Qualifikation liegt die Ursache auch in der Wahl der Ausbildung. Frauen wählen sehr oft traditionelle, Frauen zugeschriebene Ausbildungen. Diese sind häufig massiv unterbewertet.

Unter den vier am höchsten bezahlten Lehrberufen finden sich drei mit einem Frauenanteil von nur rund fünf Prozent. Am traurigen Ende der Einkommensskala stehen die Friseure/-innen mit einem Frauenanteil von 97 Prozent. Dazu kommen frappante geschlechterspezifische Unterschiede innerhalb der Branchen.

Hilfsarbeiter verdient mehr als ausgelernte Frau

Der durchschnittliche Stundenlohn junger Oberösterreicher/-innen zeigt massive geschlechtsspezifische Unterschiede. Männliche Absolventen der Pflichtschule haben einen höheren durchschnittlichen Stundenlohn (9,30 Euro) als Absolventinnen einer Lehre (9 Euro).

Im Handel, wo Frauen am häufigsten eine Lehre machen, verdienen nur drei Prozent der Frauen 1800 Euro brutto monatlich bei Berufseinstieg. In der von Männern dominierten Branche Maschinenbau und Metallverarbeitung verdienen hingegen 54 Prozent 1800 Euro oder mehr. (Quelle: Bildungs- und Berufschancen von Frauen in Österreich, AK 2014)

Nicht nur bei den Lehrlingen herrscht ein Ungleichgewicht, auch bei den berufsbildenden Schulen findet sich eine klar erkennbare Präferenz:

SCHULTYPENWAHL NACH GESCHLECHT (IN PROZENT)

	Österreich		Oberösterreich	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich
AHS-Oberstufe	57	43	61	39
Berufsschule	35	65	33	67
Berufsbildende Mittlere Schulen	48	52	44	56
technisch-gewerblich	20	80	13	87
kaufmännisch	56	44	57	43
wirtschaftsberuflich	84	16	91	9
Berufsbildende Höhere Schulen	51	49	52	48
technisch-gewerblich	27	73	25	75
kaufmännisch	61	39	62	38
wirtschaftsberuflich	90	10	93	7
Kindergartenpädagogik	94	6	96	4

AK Grafik Quelle: Bildungsmonitor AKOÖ 2014

Wirtschaftsberufliche und pädagogische Schulen besuchen hauptsächlich Mädchen, an technisch gewerblichen Schulen dominieren die Burschen. In Oberösterreich ist diese unterschiedliche Verteilung noch stärker ausgeprägt als im Bundesschnitt. Diese andauernde starke geschlechtsspezifische Segregation führt zu deutlich geringeren Einkommenschancen von Frauen.

Auch in Bezug auf den Schulerfolg gibt es Unterschiede: Schülerinnen haben mit Ausnahme der technischen Schulen in allen anderen weiterführenden Schulen höhere Erfolgsquoten. Während bei den jungen Frauen etwa die Hälfte eines Altersjahrganges maturiert, schließt bei den jungen Männern nur etwa ein Drittel mit Matura ab.

Bei der betrieblichen Weiterbildung sind Frauen massiv benachteiligt. Während zwei Drittel der Männer eine Weiterbildung ausschließlich während der Arbeitszeit absolvieren, sind es nur 48 Prozent der Frauen.

KINDER-BETREUUNG

Bei den Kinderbetreuungsangeboten hat Oberösterreich immer noch großen Nachholbedarf. Es mangelt vor allem an Betreuung für Unter-Dreijährige und an Ganztagsschulen. Dabei sind gerade diese Angebote Schlüsselfaktoren für Bildungschancen und Bildungserfolge.

BEIM BETREUUNGSANGEBOT FÜR KLEINKINDER LIEGT OÖ AN LETZTER STELLE

Für die Drei- bis Sechsjährigen gibt es genügend Kindergartenplätze, aber die Öffnungszeiten passen oft nicht. Beim Betreuungsangebot für die Unter-Dreijährigen steht Oberösterreich im Bundesländervergleich ganz schlecht da – dabei wäre gerade die frühkindliche Förderung so wichtig, um Bildungschancen gleicher zu verteilen und den Weg für spätere Schulerfolge zu ebnen.

Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie hängt für die meisten Eltern davon ab, ob es ausreichend öffentliche Kinderbetreuungsplätze gibt. Diese Notwendigkeit hat auch der Europäische Rat erkannt und 2002 die Mitgliedstaaten aufgefordert, vorhandene Hemmnisse zu beseitigen. In den sogenannten Barcelona-Zielen wurde festgehalten, dass die Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollen.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat die Brisanz des Themas schon früh erkannt und setzt sich schon länger für mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen ein. Seit 15 Jahren erhebt sie die Situation der institutionellen Kinderbetreuung in den 444 oberösterreichischen Gemeinden. Gefragt wird nach den Öffnungszeiten, ob ein Mittagessen angeboten wird, ob es eine Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder gibt und vieles mehr. Die Ergebnisse dokumentieren, dass es landesweit noch enormen Ausbaubedarf gibt.

Enormer Aufholbedarf bei Kinderbetreuungsangeboten

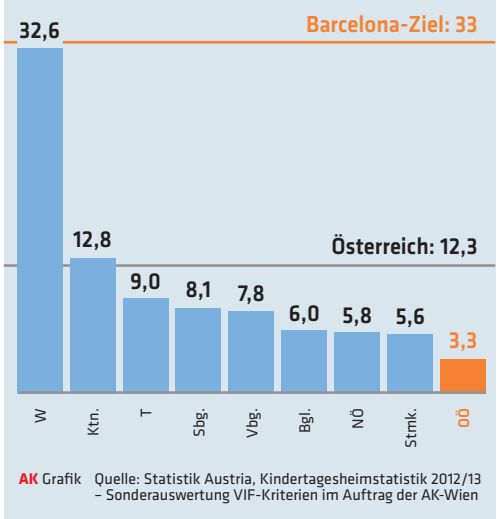
Vor diesem Hintergrund hat die Arbeiterkammer Wien ergänzend den Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF) entwickelt. Die VIF-Kriterien sind: mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Mittagessen, maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen.

Meilenweit vom Barcelona-Ziel entfernt

2012 hatten nur 3,3 Prozent der Unter-Dreijährigen in Oberösterreich einen Kindergartenplatz, der den VIF-Kriterien entspricht. Damit rangiert Oberösterreich im Bundesländervergleich an letzter Stelle und ist meilenweit vom Barcelona-Ziel (33 Prozent) entfernt.

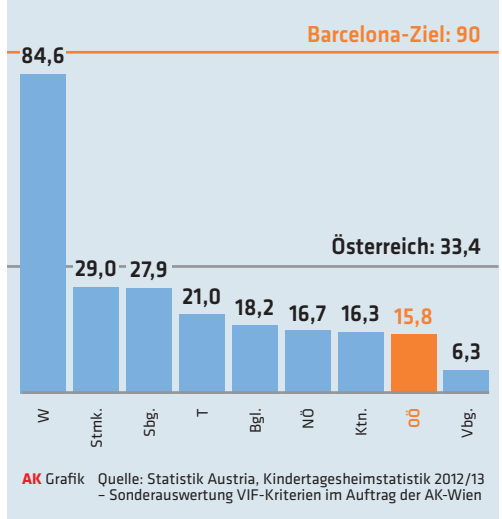
Viel zu wenig Plätze für Unter-Dreijährige

UNTER DREIJÄHRIGE (IN %)



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2012/13 – Sonderauswertung VIF-Kriterien im Auftrag der AK-Wien

DREI- BIS SECHSJÄHRIGE (IN %)



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik 2012/13 – Sonderauswertung VIF-Kriterien im Auftrag der AK-Wien

Bei den Drei- bis Sechsjährigen konnte der Anteil der VIF-konformen Kinderbetreuungsplätze in den vergangenen Jahren auf 15,8 Prozent gesteigert werden. Dennoch liegt Oberösterreich damit immer noch 17,6 Prozentpunkte unter dem Österreich-Schnitt und im Bundesländervergleich an vorletzter Stelle.

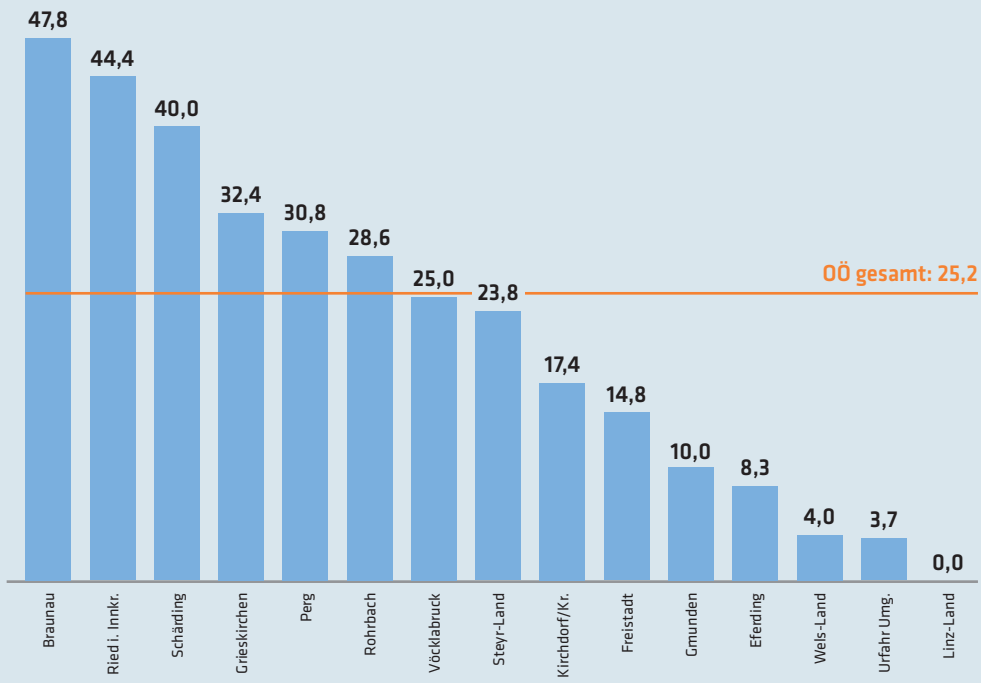
Mittagessen und Nachmittagsbetreuung keine Selbstverständlichkeit

Seit 2010 ist die Zahl der oberösterreichischen Gemeinden, die beim Kindergarten die VIF-Kriterien erfüllen, auf 67 gestiegen. Linz-Stadt und Linz-Land sind jene Bezirke mit den meisten VIF-Gemeinden. Im Gegensatz dazu gab es in den Bezirken Rohrbach und Schärding auch 2013 keine einzige Gemeinde, die die VIF-Kriterien erfüllt.

Zu wenig Nachmittagsbetreuung

Wie die folgenden Grafiken zeigen, sind Nachmittagsbetreuung für Volksschulkinder und Mittagessen im Kindergarten in Oberösterreich immer noch keine Selbstverständlichkeit. Die drei Statutarstädte Linz, Wels und Steyr sind darin nicht angeführt. Sie bieten sowohl Nachmittagsbetreuung als auch Mittagessen.

OÖ BEZIRKE OHNE NACHMITTAGSBETREUUNG FÜR VOLKSSCHULKINDER (ANTEIL IN PROZENT)



AK Grafik Quelle: Kinderbetreuungsatlas 2013, AK OÖ

Jede 4. Gemeinde bietet keine Betreuung für Volksschulkinder

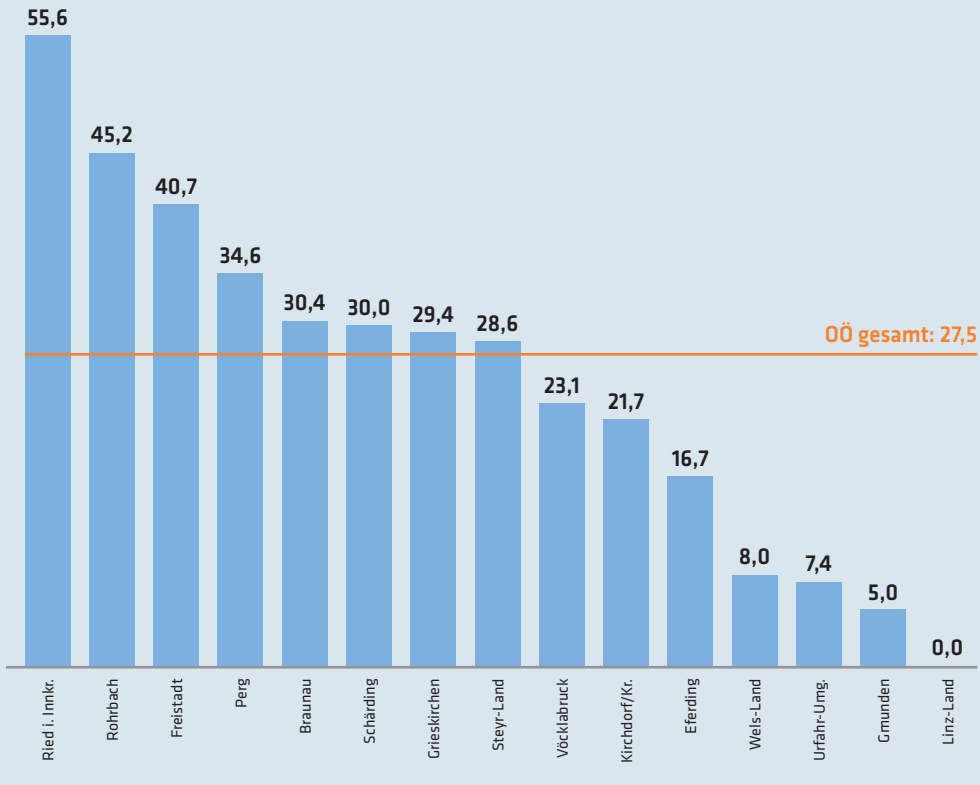
Braunau und Ried haben geringstes Betreuungsangebot

Jede vierte oberösterreichische Gemeinde hat kein nachmittägliches Betreuungsangebot für Volksschulkinder. In den Bezirken Braunau und Ried gibt es anteilsmäßig die meisten Gemeinden (47,8 bzw. 44,4 Prozent) ohne ein solches Angebot.

Kein Mittagessen im Kindergarten

Beinahe 28 Prozent der Gemeinden bieten im Kindergarten kein Mittagessen an. Besonders negativ fallen hier das Inn- und das Mühlviertel auf.

OÖ BEZIRKE, DIE IM KINDERGARTEN KEIN MITTAGESSEN ANBIETEN (ANTEIL IN PROZENT)



AK Grafik Quelle: Kinderbetreuungsatlas 2013, AK OÖ

Fast 28 % der Gemeinden bieten im Kindergarten kein Mittagessen

Qualitätsoffensive notwendig

Neben dem Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes braucht es in Zukunft verstärkt Investitionen und ernsthafte Bemühungen der dafür zuständigen Länder für den Ausbau der Qualitätsstandards, die Aufwertung der Kindergärten in Richtung Bildungsgarten und die frühkindliche Sprachförderung. Dafür stellt der Bund österreichweit Anschubfinanzierungen zur Verfügung, wenn die Länder den jeweiligen Betrag verdoppeln.

Kindergärten müssen ausgebaut und aufgewertet werden

GLEICH-BEHANDLUNG

Die Verlängerung der Verjährungsfrist bei sexueller Belästigung ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz. Dass sich Frauen längst nicht mehr alles gefallen lassen, zeigt die zunehmende Inanspruchnahme der AK-Gleichbehandlungsberatung.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG IMMER NOCH HÄUFIGSTES THEMA IN DER BERATUNG

Das vergangene Jahr brachte wieder einige Verbesserungen für Frauen. Ein ganz wichtiger Punkt war die Verlängerung der Verjährungsfrist bei sexueller Belästigung. Denn die Beratungspraxis des AK-Frauenbüros zeigt, dass wir es hier mit einem massiven Problem zu tun haben: Von den insgesamt fast 1300 Gleichbehandlungsberatungen hatten fast 60 Prozent mit sexueller Belästigung zu tun.

2013 wurden das Gleichbehandlungsgesetz und das Gesetz über die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft novelliert. Das brachte einige Verbesserungen für Betroffene von Diskriminierungen: Die verpflichtende Angabe des Mindestentgeltes bei Stellenausschreibungen wurde ausgeweitet, und bei sexueller Belästigung wurde die Verjährungsfrist von einem Jahr auf drei Jahre verlängert.

Wichtiger Schritt gegen Einkommensdiskriminierung

Künftig sind alle Arbeitgeber/-innen verpflichtet, bei Arbeitsplatzausschreibungen das Mindestentgelt für den offenen Posten anzugeben, unabhängig davon, ob sie einem Kollektivvertrag, einem Gesetz oder einer sonstigen Norm der kollektiven Rechtsgestaltung unterliegen. Dadurch soll für Interessenten/-innen gewährleistet werden, dass sie Informationen über das branchenübliche Entgelt erhalten und damit eine bessere Verhandlungsbasis bei den Einstellungsgesprächen haben. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind unter anderem Geschäftsführer/-innen, Vorstandsmitglieder und leitende Angestellte. Die Sanktionen bei Nichteinhaltung sind gleich geblieben: Beim ersten Verstoß sind die Arbeitgeber/-innen auf Antrag der Stellenbewerberin/des Stellenbewerbers bzw. der Gleichbehandlungsanwaltschaft von der Bezirksverwaltungsbehörde zu verwarnen. Erst im Wiederholungsfall ist mit einer Verwaltungsstrafe von bis zu 360 Euro zu rechnen.

Die Verbesserungen lassen aber immer noch wichtige Forderungen offen: Das Strafantragsrecht sollte zukünftig auf die gesetzlichen und freiwilligen Interessenvertretungen ausgedehnt werden, sodass eine effektivere Vertretung der Interessen der Mitglieder möglich wird. Die Verwaltungsstrafe von bis zu 360 Euro ist außerdem zu niedrig, zumal beim ersten Verstoß nur eine Verwarnung droht. Bei mehrmaligen Verstößen sollte die Verwaltungsstrafe erhöht werden.

WER UNTERSTÜTZT BETROFFENE ARBEITNEHMERINNEN?

- AK-Frauenbüro, 050/6906-2142
- Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen für Oberösterreich, Regionalanwaltschaft in Linz, 0732/78 38 77
- Gewerkschaftsmitglieder die zuständige Gewerkschaft

Leichterer Rechtszugang für belästigte Frauen

Dass Frauen nach wie vor von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen sind, zeigt sich auch in der Beratungsstatistik des AK-Frauenbüros. Von den insgesamt rund 1300 Beratungen (per Mail, schriftlich, persönlich und telefonisch) im Jahr 2013 betrafen beinahe 60 Prozent der Fälle sexuelle Belästigung. Von den 45 Klags- bzw. Interventionsfällen handelte es sich in 28 Fällen um sexuelle Belästigung. Die Belästiger waren meist unmittelbare Arbeitskollegen bzw. Vorgesetzte.

Betroffene Frauen brauchen oft sehr lange, bis sie den Mut finden, über die Vorfälle zu sprechen und letztlich auch rechtlich dagegen vorzugehen. Die Beratungspraxis zeigt, dass die Verarbeitung des zugefügten Unrechts bei vielen Frauen mehr als ein Jahr dauert. Deshalb ist die Anhebung der Verjährungsfrist von einem auf drei Jahre ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung des Rechtszuganges. Die dreijährige Verjährungsfrist gilt für Vorfälle, die sich ab dem 1. August 2013 ereignet haben.

Gleichbehandlungs-Check online

Wer wissen möchte, ob der eigene Betrieb beim Thema Gleichstellung fortschrittlich ist oder eher noch Nachholbedarf hat, kann auf ooe.arbeiterkammer.at den Gleichbehandlungs-Check machen.

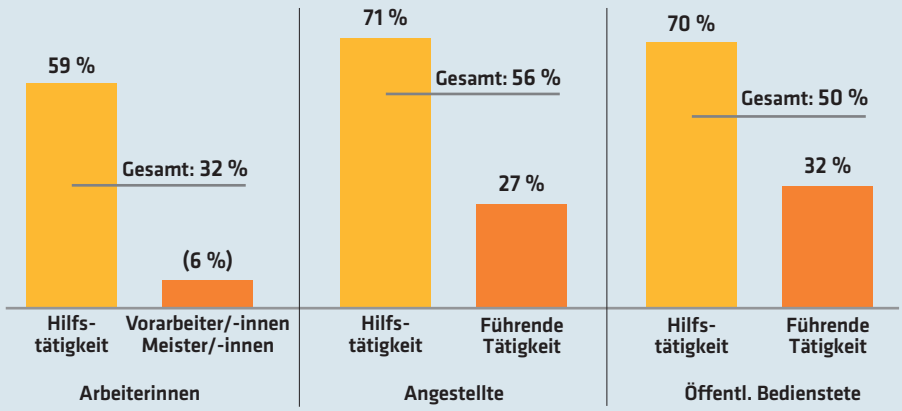
FÜHRUNG

Fast die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Frauen, doch drei Viertel aller Führungspositionen sind in Männerhand. Frauen in Top-Positionen sind immer noch rar. Dass eine verbindliche Quote wirkt, zeigt sich bei staatsnahen Unternehmen.

LIPPENBEKENNTNISSE SIND ZU WENIG: FÜHRUNG IST WEITERHIN MÄNNERSACHE

Die Tür zur Führungsetage bleibt für Frauen fest verschlossen. Obwohl Frauen 48 Prozent aller Arbeitnehmer/-innen stellen, sind drei Viertel aller leitenden Positionen in Männerhand – Tendenz steigend! In den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen sind Frauen auch 2014 eklatant unterrepräsentiert. Positive Beispiele in staatsnahen Unternehmen und in anderen europäischen Ländern zeigen: Es braucht verbindliche Frauenquoten statt Lippenbekenntnisse.

FRAUENANTEILE NACH BERUFLICHER POSITION, 2012



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2012, Ausdruck in Klammer wegen geringer Fallzahl statistisch nicht interpretierbar

Frauen stellen 46 Prozent aller Erwerbstätigen und 48 Prozent aller Arbeitnehmer/-innen. Bei den beruflichen Tätigkeiten zeigen sich allerdings drastische geschlechtsspezifische Unterschiede. Frauen sind bei Hilfstätigkeiten deutlich über-, bei leitenden Tätigkeiten eklatant unterrepräsentiert.

Frauen: 71 % aller Hilfstätigkeiten, 27 % leitende Tätigkeiten

Obwohl 56 Prozent der Angestellten weiblich sind, verrichten sie mehr als 70 Prozent aller Hilfstätigkeiten, aber nur 27 Prozent der leitenden Tätigkeiten. Unter den Vorarbeitern/-innen und Meistern/-innen gibt es so wenige Frauen, dass ihr Wert statistisch nicht interpretierbar ist, die Hilfstätigkeiten werden dagegen zu 59 Prozent von Frauen verrichtet. Und auch im öffentlichen Dienst gibt es diese Schieflage, wenn auch weniger ausgeprägt: Nur 32 Prozent der Führungspositionen sind hier in „Frauenhand", obwohl die Hälfte der öffentlich Bediensteten weiblich ist. (Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2012)

Geringere Chancen trotz Bildung

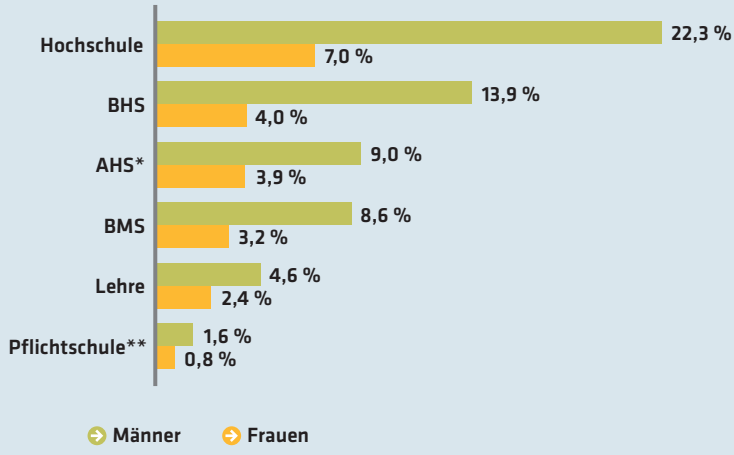
Die Qualifikation der Frauen bietet keine Erklärung für die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den beruflichen Tätigkeiten. Frauen weisen in jeder Bildungsschicht schlechtere Chancen auf eine Führungsposition auf als ihre männlichen Pendants. 22 Prozent aller männlichen, aber nur sieben Prozent aller weiblichen Hochschul-Absolventen/-innen sind in einer Führungsposition. Von den männlichen Absolventen höherer Schulen arbeiten neun Prozent (AHS) beziehungsweise 14 Prozent (BHS) in einer leitenden Stellung, bei ihren vergleichbaren Kolleginnen jeweils nur vier Prozent.

Frauen in Top-Positionen sind rar

Ein enttäuschendes Bild zeigt die Auswertung des Frauenanteils in den höchsten Entscheidungsgremien der Top-200-Unternehmen Österreichs. In den Geschäftsführungen bleibt der Anteil der weiblichen Entscheidungsträger mit 5,6 Prozent konstant auf niedrigem Niveau. In absoluten Zahlen ausgedrückt, sind nur 34 von 606 leitenden Positionen mit Frauen besetzt. Traditionell höher präsentiert sich der Frauenanteil im Aufsichtsrat: Er stieg seit 2005 von 7,6 Prozent auf 13,9 Prozent (2014). Zur Erreichung des politisch und öffentlich angestrebten Zielwerts von 40 Prozent würde Österreich mit der bisherigen „Dynamik" noch Jahrzehnte brauchen.

Im europäischen Vergleich zählt Österreich mit einer Frauenquote von 13 Prozent in den obersten Leitungsorganen wie schon die Jahre zuvor zu den Schlusslichtern. Der europäische Durchschnitt liegt bei 18 Prozent. Die höchsten Frauenanteile erreichen mit 48 Prozent und 42 Prozent die Nicht-EU Länder Island und Norwegen, die wie zahlreiche andere europäische Länder gesetzliche Quotenregelungen eingeführt haben. Frankreich konnte durch Einführung einer Frauenquote den Anteil von 12 Prozent im Jahr 2011 auf 30 Prozent im Jahr 2013 steigern. (Quelle: AK Wien, Februar 2014; Europäische Kommission, Oktober 2013)

FÜHRENDE TÄTIGKEIT NACH SCHULBILDUNG UND GESCHLECHT, 2012



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2012, * Werte sind stark zufallsbehaftet, ** Werte sind wegen geringer Fallzahl statistisch nicht interpretierbar

Staatsnahe Unternehmen: Quote wirkt

Auch bei staatsnahen Unternehmen zeigt sich, dass eine verbindliche Quote wirkt. Die Bundesregierung hat sich im März 2011 dazu verpflichtet, bei den staatlich entsandten Aufsichtsratsmitgliedern einen Frauenanteil von 25 Prozent im Jahr 2013 und von 35 Prozent im Jahr 2018 zu erreichen. Derzeit sind 33 Prozent dieser Aufsichtsratsmandate durch Frauen besetzt, 2007 waren es nur 16,1 Prozent. (Quelle: AK Wien, Februar 2014)

Österreich im europäischen Vergleich unter den Schlusslichtern

MIGRATION

Die Gründe für Migration sind vielfältig. Jede der mehr als 51.000 in Oberösterreich lebenden Migrantinnen hat ihre eigene Geschichte. Eines haben viele von ihnen aber gemeinsam. Sie werden doppelt diskriminiert – als Frau und als Migrantin.

ZUWANDERUNG HAT VIELE GESICHTER: MIGRANTIN IST NICHT GLEICH MIGRANTIN

Mehr als 51.000 Migrantinnen leben in Oberösterreich. Frau ist nicht gleich Frau, Migrantin ist nicht gleich Migrantin – so weit so klar. Und doch gibt es eines, das sie alle eint: Frauen werden diskriminiert, Migrantinnen noch mehr. An diesem Befund hat sich über die Jahre hinweg wenig geändert.

Flucht, Arbeitsmigration, Familiennachzug: Die Gründe für Migration sind vielfältig. Sie hängen eng mit Politik und Situation im Herkunftsland und im Zuwanderungsland zusammen.

Warum jemand migriert, hängt von Faktoren wie Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft oder Bildungsniveau ab. Der Einfluss der Politik der Aufnahmegesellschaft (Anwerbestrategie, wer wird als Flüchtling anerkannt) ist dabei nicht zu unterschätzen.

Mit Beginn des Jahres 2013 lebten rund 786.500 Frauen ausländischer Herkunft (Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und im Ausland geborene Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft) in Österreich, davon stammten 45 Prozent aus EU-/EWR-Staaten oder der Schweiz. Bezogen auf den Migrationshintergrund (alle Frauen, deren Eltern im Ausland geboren wurden) lebten 2012 durchschnittlich 826.500 Frauen mit Migrationshintergrund in Österreich. Drei Viertel dieser Frauen gehörten der ersten Generation an – das heißt, sie sind erst nach ihrer Geburt nach Österreich gezogen.

Leben in ständiger Unsicherheit

Im Jänner 2013 verfügten nur rund 58 Prozent aller in Österreich lebenden Ausländerinnen aus einem Nicht-EU-Staat über einen Titel für einen unbefristeten Aufenthalt. Das bedeutet: Mehr als 40 Prozent dieser Frauen leben mit der Unsicherheit, ob sie dauerhaft in Österreich bleiben dürfen.

Mehr als 40 % der Migrantinnen wissen nicht, ob sie bleiben dürfen

Die Zuwanderung erfolgt seit Jahren zum überwiegenden Teil aus anderen EU-Staaten. Die meisten zugewanderten Frauen kommen aus Deutschland, sehr stark angestiegen ist auch die Zuwanderung von Frauen aus Ungarn. (Quelle: migration&integration. Schwerpunkt: Frauen. zahlen. daten.indikatoren 2013/14)

Zuwanderung überwiegend aus EU-Staaten

WO OBERÖSTERREICHS MIGRANTINNEN HERKOMMEN (STAATSANGEHÖRIGKEIT BZW. GEBURTSLAND)

		ÖSTERREICH	AUSLAND		
		Österr. Staats-bürgerinnen, in Öster. geb.	Ausländer-innen, im Ausland geb.	Ausländer-innen, in Österr. geb.	Österr. Staats-bürgerinnen, im Ausl. geb.
ÖSTERREICH		**616.944**			
AUSLAND	**Deutschland**		**8699**	**1199**	**7608**
	Sonstige EU-Staaten				
	EU-15 (bis 2004 - ohne Ö und D)		1522	236	1435
	EU-12 (Beitritt ab 2004)		10.330	956	9747
	Summe Sonstige EU-Staaten		**11.852**	**1192**	**11.182**
	ehem. Jugoslawien (ohne Slowenien)				
	Bosnien und Herzegowina		6908	1936	6541
	Kroatien		3177	1308	1972
	Mazedonien		1320	358	420
	Montenegro		57	12	65
	Serbien		3632	1033	3130
	Kosovo		1859	466	1334
	Summe ehem. Jugosl. (ohne Slow.)		**16.953**	**5113**	**13.462**
	Türkei		**4904**	**1758**	**4170**
	Sonstige Staaten				
	übriges Europa		2668	528	1061
	Afrika		994	137	696
	Amerika		1095	72	918
	Asien		3857	347	2256
	Australien, Ozeanien und Antarktis		43	7	109
	Summe Sonstige Staaten		**8657**	**1091**	**5040**
	Konventionsflüchtling; Staatenlos; Ungeklärt; Unbekannt; International		**88**	**135**	**17**
GESAMTBEV.		**616.944**	**51.153**	**10.488**	**41.479**

AK Grafik Quelle: Land OÖ, Abt. Statistik; Daten: Statistik Austria; ZMR-Populationsregister per 1. Jänner 2013

HERKUNFTSLAND DER FRAUEN NACH ALTER (IN JAHREN)

EU Beitrittstaaten 2004	47,1
EU-14	45,4
Ehemaliges Jugoslawien (ohne Slowenien)	40,9
EU Beitrittstaaten 2007	37,6
Asien	37,2
Türkei	36,4
Afrika	32,4

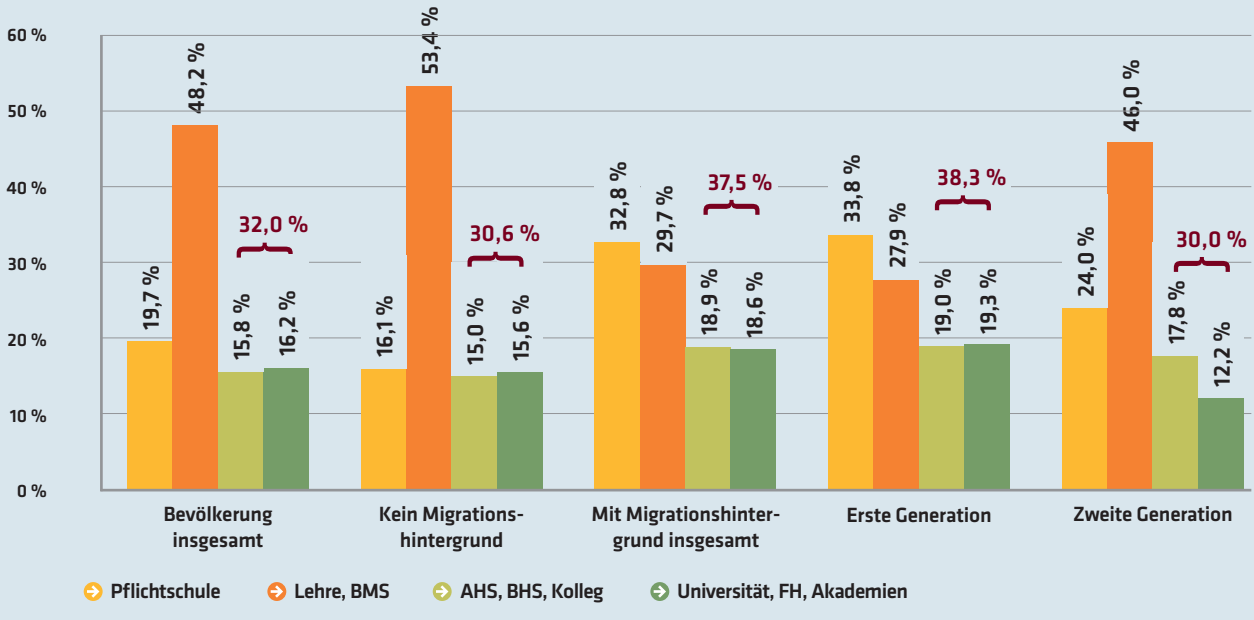
AK Grafik Quelle: migration&integration. Schwerpunkt: Frauen. zahlen. daten.indikatoren 2013/14

Österreich hat über viele Jahre primär junge, männliche ausländische Arbeitskräfte angeworben. Auch Asylwerber/-innen sind generell eher jung und weisen einen höheren Männeranteil auf. Deshalb war auch der Männeranteil unter den Zugewanderten deutlich höher. Mittlerweile leben jedoch mehr Migrantinnen als Migranten in Österreich. Dafür verantwortlich sind die bewusste Anwerbung von weiblichen Arbeitskräften, der Familiennachzug sowie die verstärkte Zuwanderung von Frauen aus den EU-Ländern. Frauen ausländischer Herkunft sind im Schnitt um 2,5 Jahre jünger als Frauen österreichischer Herkunft.

Viele höher gebildete Frauen

Für viele überraschend verfügen mehr ausländische als österreichische Frauen über einen höheren Bildungsabschluss. Während österreichische Frauen häufig einen mittleren Bildungsabschluss haben, sind Ausländerinnen bei den höchsten und bei den niedrigsten Bildungsabschlüssen überproportional vertreten.

BILDUNGSSTAND DER 25- BIS 64-JÄHRIGEN FRAUEN NACH MIGRATIONSHINTERGRUND IN ÖSTERREICH, 2012



AK Grafik Quelle: migration&integration. Schwerpunkt: Frauen. zahlen. daten. indikatoren 2013/14

Wie bei den Österreicherinnen geht das Bildungsniveau nicht Hand in Hand mit Karrierechancen und Einkommen. Der Einkommensunterschied – bezogen auf Bruttojahresbezüge abzüglich Sozialversicherung und Lohnsteuer – von 2011 ganzjährig erwerbstätigen Frauen (ohne Lehrlinge) betrug zwischen Österreicherinnen und Ausländerinnen mehr als 3000 Euro.

Die Branchen mit überdurchschnittlich hohem Anteil an erwerbstätigen Frauen mit Migrationshintergrund, gemessen am Frauenanteil in dieser Branche, sind mit 43 Prozent „Unternehmensdienstleistungen“ (u.a. Gebäudereinigung) und „Beherbergung und Gastronomie“ mit 30 Prozent.

Migrantinnen sind viel öfter als Österreicherinnen von Arbeitslosigkeit betroffen, in Oberösterreich 2013 sogar mehr als doppelt so oft.

ARBEITSLOSENQUOTE 2013 NACH NATIONALITÄT

	Oberösterreich	Österreich
Ausländerinnen	9,7%	10,5%
Österreicherinnen	4,3%	6,4%
Ausländer	8,6%	10,8%
Österreicher	4,7%	7,6%

AK Grafik Quelle: AMS

Österreicher heiraten gerne fremd

Rund 17 Prozent aller 2012 in Österreich geschlossenen Ehen waren zwischen österreichischen und ausländischen Personen, rund 10 Prozent zwischen ausländischen Paaren. Bei 63 Prozent der binationalen Eheschließungen war der Mann Österreicher. (Quelle: migration & integration. zahlen. daten. indikatoren 2013)

EUROPÄISCHE UNION

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle in Österreich ist EU-weit am zweithöchsten. Durch Gehaltskürzungen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und die Aushöhlung sozialer Rechte im Zuge einer fehlgeleiteten „Krisenpolitik“ kommen die Frauen in Europa zunehmend unter Druck.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK: SCHLEPPENDER AUFHOLPROZESS DURCH KRISE GEFÄHRDET

In der Gleichstellung von Männern und Frauen sieht die EU eines ihrer grundlegenden Ziele. Bereits 1957 wurde in den Gründungsverträgen der EU der Grundsatz des gleichen Entgelts für Frauen und Männer verankert. Seither wurden viele wichtige Impulse gesetzt. Doch im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und einer fehlgeleiteten „Krisenpolitik" drohen gerade für die Frauen schwerwiegende Rückschritte.

Zahlreiche EU-Initiativen in Form von Rechtsakten, Gender Mainstreaming oder Einzelmaßnahmen haben vor allem in der Beschäftigungsquote der Frauen Wirkung gezeigt. Diese ist EU-weit in den letzten Jahren stets angestiegen und lag im Jahr 2012 bei 62,3 Prozent. In Österreich waren 2012 70,3 Prozent der Frauen beschäftigt – ein Anstieg von fast zehn Prozentpunkten seit dem Jahr 1994.

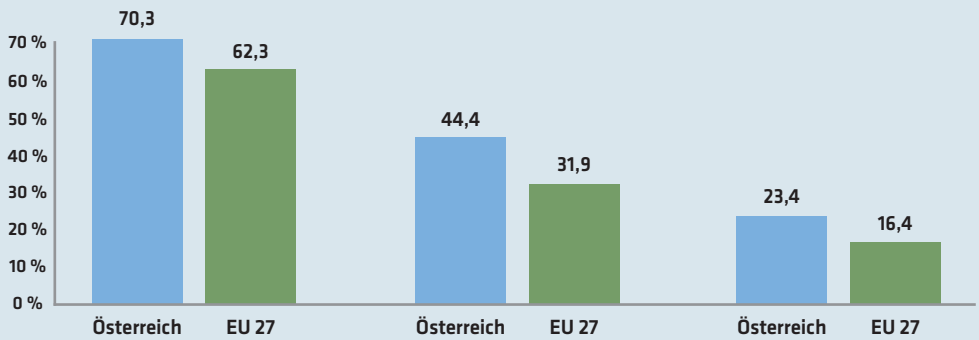
Mit der Beschäftigungsquote ist allerdings auch der Anteil der Teilzeit beschäftigten Frauen gestiegen – EU-weit im Jahr 2012 auf 31,9 Prozent. Hier befindet sich Österreich 2012 mit 44,4 Prozent gemeinsam mit den Niederlanden und Deutschland unter den „Spitzenreitern".

Hoher Anteil an Teilzeit beschäftigten Frauen

Besonders negativ fällt hierzulande die hohe Ausprägung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles auf. Dieses wurde mit 23,4 Prozent im Jahr 2012 nur noch von Estland „überboten". Deutlich darunter liegt der Wert im EU-Durchschnitt mit 16,4 Prozent, wo er leider seit einigen Jahren stagniert.

Lohngefälle Männer-Frauen in Österreich besonders stark

VERGLEICH ÖSTERREICH – EU 28
ERWERBSQUOTEN, TEILZEITQUOTEN, EINKOMMENSSCHERE IN PROZENT, 2012



Anteil der weiblichen Beschäftigten an allen Frauen (zwischen 20 und 64 Jahren)

Anteil der Frauen mit Teilzeitbeschäftigung an allen weiblichen Beschäftigten (zwischen 15 und 64 Jahren)

Durchschnittlicher Stundenlohn der Frauen war um ... Prozent geringer als jener der Männer

AK Grafik Quelle: eurostat

Millionen Krisenverliererinnen in Europa

Frauen in Krisenstaaten: Bis zu ein Drittel ohne Arbeit

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und einer fehlgeleiteten „Krisenpolitik" mussten Frauen in vielen Ländern Europas erhebliche Einbußen hinnehmen. Diese wiegen aufgrund der im Vergleich zu Männern schlechteren Ausgangslage oft besonders schwer.

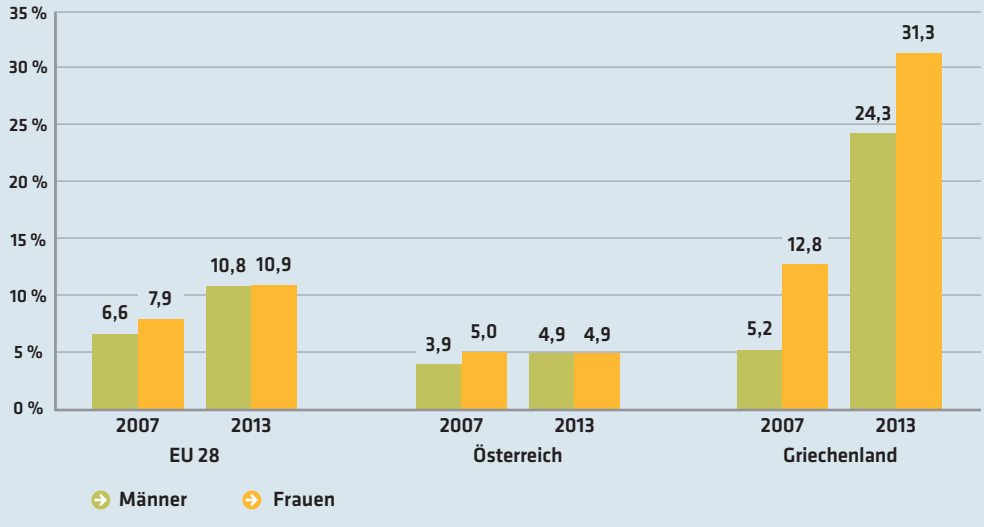
So kam es zu massiven Ausgabenkürzungen und Stellenabbau im öffentlichen Dienst, in dem etwa 70 Prozent der Beschäftigten weiblich sind. Außerdem leiden Frauen verstärkt unter der Aushöhlung sozialer Leistungen und Rechte.

Gehaltskürzungen und Zunahme prekärer Beschäftigung

Allgemein und besonders in den „Krisenstaaten" kommt die weibliche Bevölkerung unter Druck durch Gehaltskürzungen, die Zunahme prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Letztere stieg EU-weit seit 2007 sowohl bei Männern als auch Frauen deutlich, sodass die Arbeitslosenquote 2013 bei beiden fast 11 Prozent betrug. Dramatisch ist die Lage für Frauen aber in den „Krisenstaaten", etwa in Griechenland mit einer Frauen-Arbeitslosenquote von fast einem Drittel. Von Armut betroffen sind vor allem ältere Frauen, Migrantinnen, Jugendliche oder Alleinerzieherinnen. Darüber hinaus werden Frauen vielfach aus dem (formalen) Arbeitsmarkt in unbezahlte Bereiche mit fehlendem Sozialschutz gedrängt. Durch die Übernahme etwa von Pflegeaufgaben kompensieren Frauen dabei auch den Ausfall öffentlicher Leistungen.

Schließlich kam es in den letzten Jahren auch zu einer Verschiebung von Entscheidungskompetenzen weg von traditionell demokratischen hin zu finanzpolitischen Institutionen. Dort sind Männer deutlich in der Überzahl, und die Normen dieser Institutionen sind besonders stark maskulin geprägt.

ARBEITSLOSIGKEIT VERGLEICH FRAUEN/MÄNNER IN PROZENT, 2007 UND 2013



AK Grafik Quelle: eurostat

CARE

Unbezahlt im Haushalt, bezahlt in Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen oder Kindergärten: „Care“ oder Sorgearbeit wird überwiegend von Frauen erbracht. „Care“ ist Arbeit, die gemacht werden muss. Von wem und unter welchen Bedingungen, ist allerdings eine Frage politischen Gestaltungswillens.

KINDER, HAUSHALT, ALTENPFLEGE: SORGEARBEIT NACH WIE VOR FRAUENSACHE

Pflegearbeit, Kinderbetreuung und -erziehung, kochen, putzen, waschen – in Österreich sind es großteils die Frauen, die solche Tätigkeiten verrichten. Auch wenn Männer immer öfter im Haushalt helfen und Ideen wie ein „Papamonat" zumindest politisch diskutiert werden, ist Sorgearbeit immer noch Frauenarbeit. „Care" ist Arbeit, die getan werden muss, soviel steht fest. Von wem, ist allerdings eine Frage gesellschaftspolitischen Gestaltungswillens.

Care-Arbeit betrifft die gesamte Gesellschaft

Unter dem Begriff „Care" werden sorgende und betreuende Tätigkeiten wie zum Beispiel Hausarbeit, Kinderbetreuung oder Betreuung von beeinträchtigten und alten Menschen zusammengefasst. Der Großteil dieser Tätigkeiten wird von Frauen im privaten Bereich, das heißt unentgeltlich, verrichtet. Gerade weil das Thema „Care" weiter gefasst ist als der Begriff der „Pflege", ist die Diskussion um „Care"-Politik sehr komplex.

ANZAHL DER STUNDEN PRO WOCHE NACH TÄTIGKEITEN

Tätigkeitsbereiche	Erwerbstätige Personen	
	Frauen	Männer
	Durchschn. Stunden pro Woche	
Unbezahlte Arbeit	27,0	16,1
• Haushaltsführung	21,6	11,4
• Kinderbetreuung	4,2	3,2
• Betreuung von Erwachsenen	0,3	0,1
• Soziale Kontakte, Beziehungsarbeit, Freunde/-innen	8,5	8,7

AK Grafik Quelle: Statistik Austria, Zeitverwendungserhebung (2008/09)

Pflegeleistungen in Familien zum überwiegenden Teil Frauensache

„Care" im Zentrum der Gesellschaft

„Care" als Handlungsfeld steht jedenfalls im Zentrum der Gesellschaft. Die Betreuung und Unterstützung von alten oder jungen Menschen, Menschen mit Behinderung oder Krankheit sowie Hausarbeit betrifft alle – ob als Betreuer/-in oder als Mensch, der betreut wird. „Care"-Arbeit ist Arbeit, die verrichtet werden muss, damit das menschliche Gesellschaftssystem funktioniert. Wie, von wem, und unter welchen Bedingungen, ist Sache gesellschaftlicher und politischer Gestaltung.

Ist der Haushalt Frauensache?

Grundsätzlich muss zwischen unentgeltlicher „Care"-Arbeit im privaten Bereich und entgeltlicher „Care"-Arbeit unterschieden werden. Beides wird großteils von Frauen verrichtet. Das festgefahrene Klischee, dass Haushaltstätigkeiten Frauensache sind, hat konkrete Folgen. Rund 70 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) in Oberösterreich waren 2013 erwerbstätig. Zusätzlich verwenden diese Frauen im Schnitt noch 27 Stunden auf Haushalts- und Betreuungsarbeit.

75 Prozent der Pflegeleistungen in den Familien werden zu rund 80 Prozent von Frauen (Partnerinnen, Töchtern, Schwiegertöchtern) verrichtet. Diese Mehrfachbelastung bringt Frauen unter Druck und hat auch gesundheitliche Folgen (siehe Kapitel Gesundheit, S. 17).

Oft gibt es keine Alternative

Unbezahlte „Care"-Arbeit fällt oft mangels Alternativen an: Wenn die zur Verfügung stehende Infrastruktur nicht reicht, muss die Pflegearbeit privat getan werden. Starre Zeitsysteme, mangelnde Hort- und Kindergartenplätze, zu wenig mobile Pflege für ältere Menschen, all das sind strukturelle Faktoren, die vorwiegend Frauen in ihrem Erwerbsleben treffen.

„Care" als berufliche Frauendomäne

In Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen, Horten und Kindergärten sind für die Pflegearbeit überwiegend Frauen beschäftigt. Laut Frauenbericht des Sozialministeriums sind 85 Prozent der Krankenpfleger/-innen und 98 Prozent der Jugendbetreuer/-innen weiblich. Die psychischen und physischen Belastungen in Pflegeberufen sind ausreichend dokumentiert. Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur würden hier erheblich zur Entlastung beitragen. Für Frauen allgemein würde die Vereinbarkeit leichter. Letztlich würde die gesamte Gesellschaft davon profitieren.

GELD- / SACHLEISTUNGEN / EU 27 UND ÖSTERREICH, 2010

	Österreich	EU 27
Geldleistungen	70 %	65 %
Sachleistungen	30 %	35 %

AK Grafik Quelle: BMASK sozialpolitische Indikatoren 2013

Sozialleistungen schaffen Arbeit

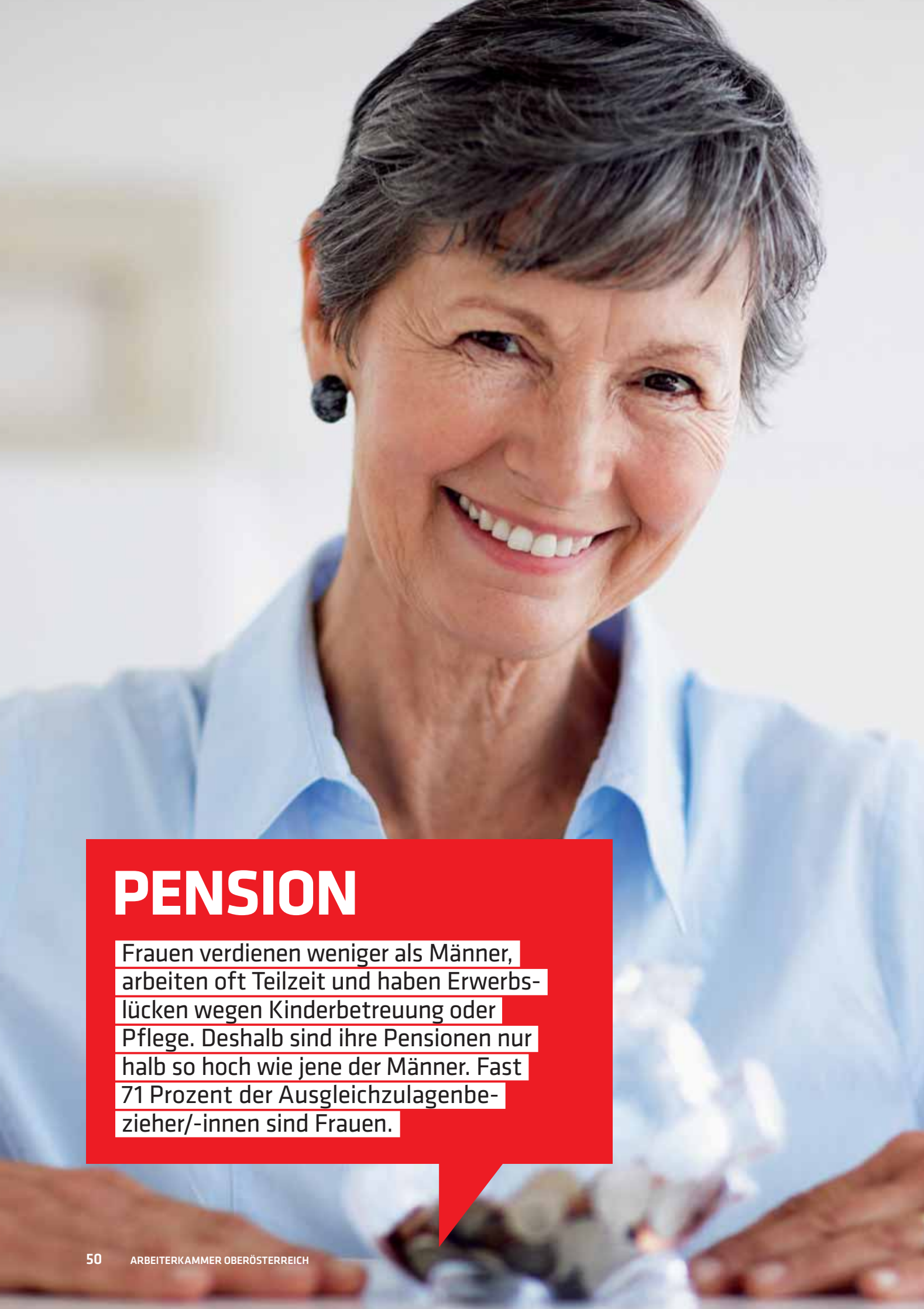
Ein Knackpunkt bei diesem Thema ist die Frage: Sollen Sozialleistungen monetär (z.B. Kindergeld) oder durch Infrastruktur (z.B. Kindergarten) zur Verfügung gestellt werden? In Österreich werden Sozialleistungen großteils durch Geldleistungen erbracht. Das hat direkte Auswirkungen auf die Frauenerwerbsquote: In Schweden liegt der Anteil von Sachleistungen etwa bei 46 Prozent und die

Frauenerwerbsquote bei 77 Prozent. Österreich hinkt mit einer Sachleistungsquote von 30 Prozent und einer Frauenerwerbsquote von 65 Prozent hinterher.

Sachleistungen erhöhen zudem die Entscheidungsfreiheit: Nur wenn ein Pflege- oder Betreuungsangebot tatsächlich zur Verfügung steht, kann eine Frau wählen, ob sie es annimmt oder nicht.

Unbezahlte Care-Arbeit schränkt Frauen in ihrem Erwerbsleben massiv ein

Quellen: BMASK 2010: Frauenbericht 2010, Teil 1: Statistische Analysen zur Entwicklung der Situation von Frauen in Österreich • Zeitverwendungserhebung 2008/2009, Statistik Austria • Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Modul der Arbeitskräfteerhebung 2010, Statistik Austria • BMASK, Sozialpolitische Indikatoren, Österreich im internationalen Vergleich, 05/2013 • Eurostat 2014: Sachleistungsanteil an allen Sozialschutzleistungen



PENSION

Frauen verdienen weniger als Männer, arbeiten oft Teilzeit und haben Erwerbslücken wegen Kinderbetreuung oder Pflege. Deshalb sind ihre Pensionen nur halb so hoch wie jene der Männer. Fast 71 Prozent der Ausgleichzulagenbezieher/-innen sind Frauen.

FRAUEN BEKOMMEN NUR HALB SO VIEL PENSION WIE MÄNNER

Immer mehr oberösterreichische Frauen haben Anspruch auf eine eigene Pension. Doch bei der Pensionshöhe liegen nach wie vor Welten zwischen Männern und Frauen. Die durchschnittliche Alterspension einer Frau liegt in Oberösterreich bei 945 Euro, Männer bekommen im Durchschnitt 1845 Euro. Fast 71 Prozent der Ausgleichzulagenbezieher/-innen sind Frauen.

Im Dezember 2013 wurden in ganz Österreich knapp 2,3 Millionen Pensionen ausgezahlt. 60,8 Prozent waren Frauenpensionen. Das ist vor allem auf die höhere Zahl von Witwenpensionen im Vergleich zu Witwerpensionen zurückzuführen. Aber auch bei den Alterspensionen überwiegen die Frauen, da sie die Pensionen wegen des niedrigeren Zugangsalters und vor allem wegen ihrer höheren Lebenserwartung deutlich länger beziehen. Zudem sind die Erwerbsquoten der Frauen in den letzten Jahren gestiegen, sodass sie mehr Anspruch auf eine Eigenpension haben.

Nur rund 5,2 Prozent der männlichen Pensionsbezieher bezogen per Juli 2012 zwei oder mehrere Pensionen, bei den Frauen betrug dieser Anteil 20,5 Prozent (mit Beamtenpensionen). Die häufigste Kombination war Eigenpension mit Witwenpension.

Eigenpensionsanteil immer noch gering

Der Eigenpensionsanteil (Invaliditätspensionen und Alterspensionen) der Frauen liegt nach Angaben der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Oberösterreich bei rund 70 Prozent. Fast 30 Prozent aller Frauenpensionen entfallen auf Hinterbliebenenleistungen. Bei den Männern liegt der Eigenpensionsanteil bei rund 93 Prozent, nur fünf Prozent der Pensionen sind Hinterbliebenenleistungen (Witwer- oder Waisenpensionen).

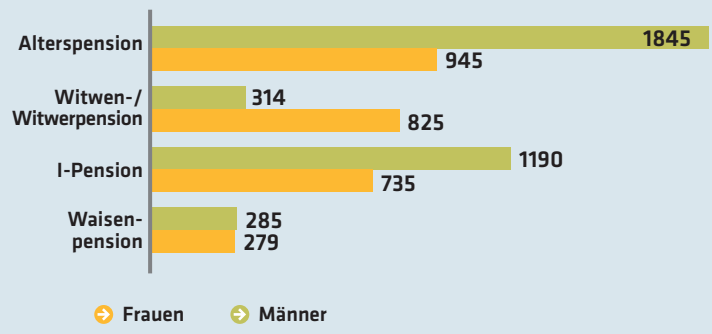
Lücken im Erwerbsleben drücken Pension

Generell hängt die Höhe der Pension vom Einkommen im Bemessungszeitraum, von der Versicherungsdauer und vom Pensionsantrittsalter ab. Da Frauen zumeist niedrigere Einkommen beziehen und ihre Versicherungsverläufe durch Kindererziehung, Pflege oder Betreuung Lücken aufweisen, liegen auch ihre Durchschnittspensionen weit unter jenen der Männer.

Niedrigere Einkommen, weniger Versicherungszeiten = weniger Pension für Frauen

Die Alterspensionen der Frauen sind um fast die Hälfte niedriger und liegen bei rund 945 Euro monatlich. Auch die durchschnittliche Höhe der I-Pensionen liegt um mehr als 450 Euro bzw. um 39 Prozent unter jener der Männer. Nur die Witwenpensionen der Frauen sind mit rund 825 Euro pro Monat höher.

PENSIONSHÖHEN IM DURCHSCHNITT NACH GESCHLECHT FÜR OÖ, IN EURO, IM DEZEMBER 2013



AK Grafik Quelle: PVA OÖ, Dezember 2013, inkl. Kinderzuschuss, exkl. Ausgleichszulage, brutto, 14-mal pro Jahr, gerundete Werte

Ausgleichszulage ist Frauensache

Aktuell sind fast 71 Prozent der Ausgleichszulagenbezieher/-innen Frauen. Der Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende beträgt im Jahr 2014 genau 857,73 Euro monatlich (14-mal pro Jahr, brutto). Sind die erworbene Pension und allfällige sonstige Einkünfte geringer als dieser Wert, so erfolgt eine Aufzahlung bis zu diesem Richtsatz. Die Ausgleichszulage betrug im Dezember 2013 im Bundesschnitt 276 Euro monatlich.

Frauen mit 59,3 Jahren in Pension

Das derzeitige gesetzliche Regelpensionsalter der Frauen liegt bei 60 Jahren (Männer 65 Jahre) und soll ab 2024 bis 2033 schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden. Im Jahr 2013 gingen Frauen durchschnittlich mit 59,3 Jahren (Männer: 62,8 Jahre), also 0,7 Jahre vor dem derzeitigen Regelpensionsalter, in eine Alterspension und mit 49,8 Jahren (Männer: 53,5 Jahre) in eine Pension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit (Invaliditäts-/Berufsunfähigkeitspension).

Entwicklung der Bundesmittel

Die Pflichtbeiträge der Frauen zur Pensionsversicherung im ASVG sind von 2006 bis 2012 um rund 2 Milliarden Euro (Männer plus rund 2,5 Milliarden) gestiegen. Die gesetzlich definierten Leistungen konnten damit nicht gedeckt werden. Um den Aufwand der gesetzlichen Pensionsversicherung auszugleichen, zahlt der Bund den Bundesbeitrag („Ausfallshaftung"), Beiträge für Teilversicherungszeiten auf dem Pensionskonto, den Ersatz für Ausgleichszulagen sowie bei den Selbständigen die „Partnerleistung" für zu niedrige Pensionsversicherungsbeiträge. Diese Zahlungen werden als „Bundesmittel" bezeichnet.

Der Gesamtaufwand dafür wurde zugunsten der Pensionsversicherung für Frauen von rund 5,3 Milliarden (2006) auf 6,9 Milliarden (2012) um 13 Prozent (Männer 1,5 auf 2,6 Milliarden um 18 Prozent) angehoben. So werden sinkende Lohnquoten, Kindererziehungszeiten, Zeiten der Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie Aufwendungen gegen Altersarmut aus Steuermitteln solidarisch ausgeglichen.

Quellen: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Soziale Sicherheit 2/2014, S. 64 ff. • Pensionsversicherungsanstalt Oberösterreich • BMASK, Fact-Sheet Pensionen Juli 2013 • BMASK, Fact-Sheet Pensionen Februar 2014 • BMASK, Quartalsbericht 2/2013 • BMASK, Quartalsbericht 3/2013 • BMASK, Quartalsbericht 1/2014

ARMUT

Rund 58.000 Frauen in Oberösterreich sind armutsgefährdet. Alleinerzieherinnen, alleinlebende Frauen und Familien mit drei oder mehr Kindern sind besonders betroffen. Faktum ist: Das Armutsrisiko von Familien sinkt, wenn die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt.

EIN LEBEN AM LIMIT: IN OBERÖSTERREICH SIND 58.000 FRAUEN ARMUTSGEFÄHRDET

In Oberösterreich leben 58.000 Frauen (ab 20 Jahren) ständig am finanziellen Limit. Sie sind armutsgefährdet oder einkommensarm, das heißt, sie haben im Monat weniger als 1090 Euro zur Verfügung. Einkommensarmut oder Armutsgefährdung liegt dann vor, wenn ein Haushalt über weniger als 60 Prozent des durchschnittlich gewichteten mittleren Einkommens verfügt.

10 % der Frauen in OÖ sind armutsgefährdet

Mit rund zehn Prozent lag die Armutsgefährdungsquote der Frauen in Oberösterreich 2012 um einen Prozentpunkt höher als jene der Männer. Bundesweit ist die Situation noch krasser: 14 Prozent der Bevölkerung bzw. 1,2 Millionen Menschen (507.000 Frauen und 390.000 Männer ab 20 Jahren) waren armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote der Frauen lag bei 15 Prozent, jene der Männer bei 12 Prozent.

Alleinerzieherinnen besonders betroffen

Besonders betroffen sind Alleinerzieher/-innen (Armutsquote: 30 Prozent) alleinlebende Frauen (29 Prozent), und alleinlebende Pensionistinnen (24 Prozent). Hohe Armutsquoten weisen auch Familien mit mindestens drei Kindern (25 Prozent) und Haushalte mit einer weiblichen Hauptverdienerin (24 Prozent) auf.

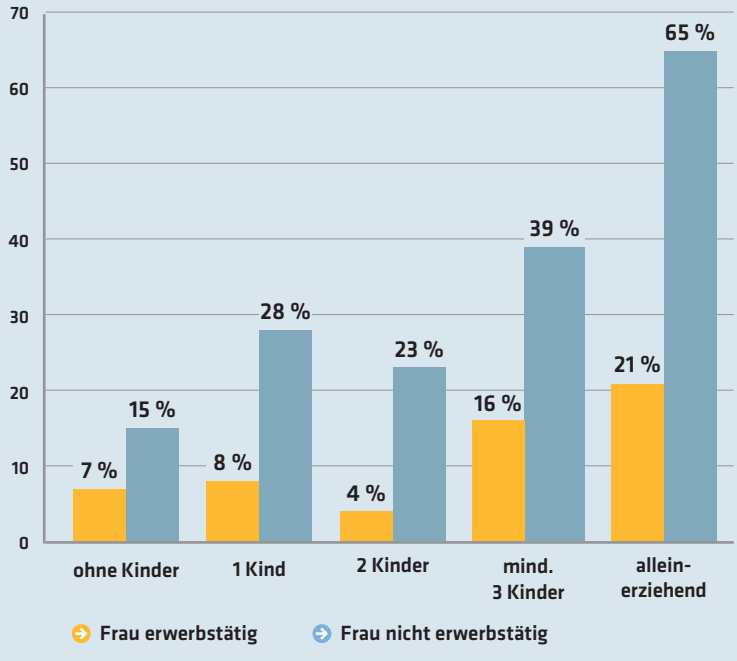
Frauen sind häufiger arm, weil sie wegen Kinderbetreuungs- und Pflegeaufgaben nicht oder nur wenig erwerbstätig sein können, und weil sie weniger verdienen als Männer. Die niedrigen Erwerbseinkommen wiederum bewirken, dass alleinstehende Frauen auch bei Arbeitslosigkeit und in der Pension einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Investitionen im Bereich der sozialen Dienste würden es den Frauen erleichtern, vermehrt erwerbsaktiv zu sein. Aber auch auf dem Arbeitsmarkt sind Veränderungen notwendig, damit Frauen bessere Arbeitsplätze mit gerechteren Einkommen vorfinden. Sie brauchen Arbeitsbedingungen, die es erleichtern, Job, Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Auch die gerechte Aufteilung von Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit zwischen den Geschlechtern ist wichtig.

Faktum ist: Das Armutsrisiko von Familien sinkt, wenn die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt. Ist eine Frau mit zwei Kindern erwerbstätig, so reduziert sich die Armutsgefährdungsquote um 19 Prozentpunkte auf vier Prozent!

Sowohl bei Familien mit mindestens drei Kindern als auch bei Ein-Eltern-Haushalten sinkt das Armutsgefährdungsrisiko, wenn die Frau arbeitet. Das Risiko liegt aber immer noch auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau von 16 bzw. 21 Prozent. Sind Frauen in Ein-Eltern-Haushalten nicht erwerbstätig, so liegt die Armutsgefährdungsquote bei 65 Prozent!

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTEN IN PROZENT NACH HAUSHALTSFORM UND ERWERBSTÄTIGKEIT DER FRAU



AK Grafik Quelle: Statistik Austria, EU SILC 2012

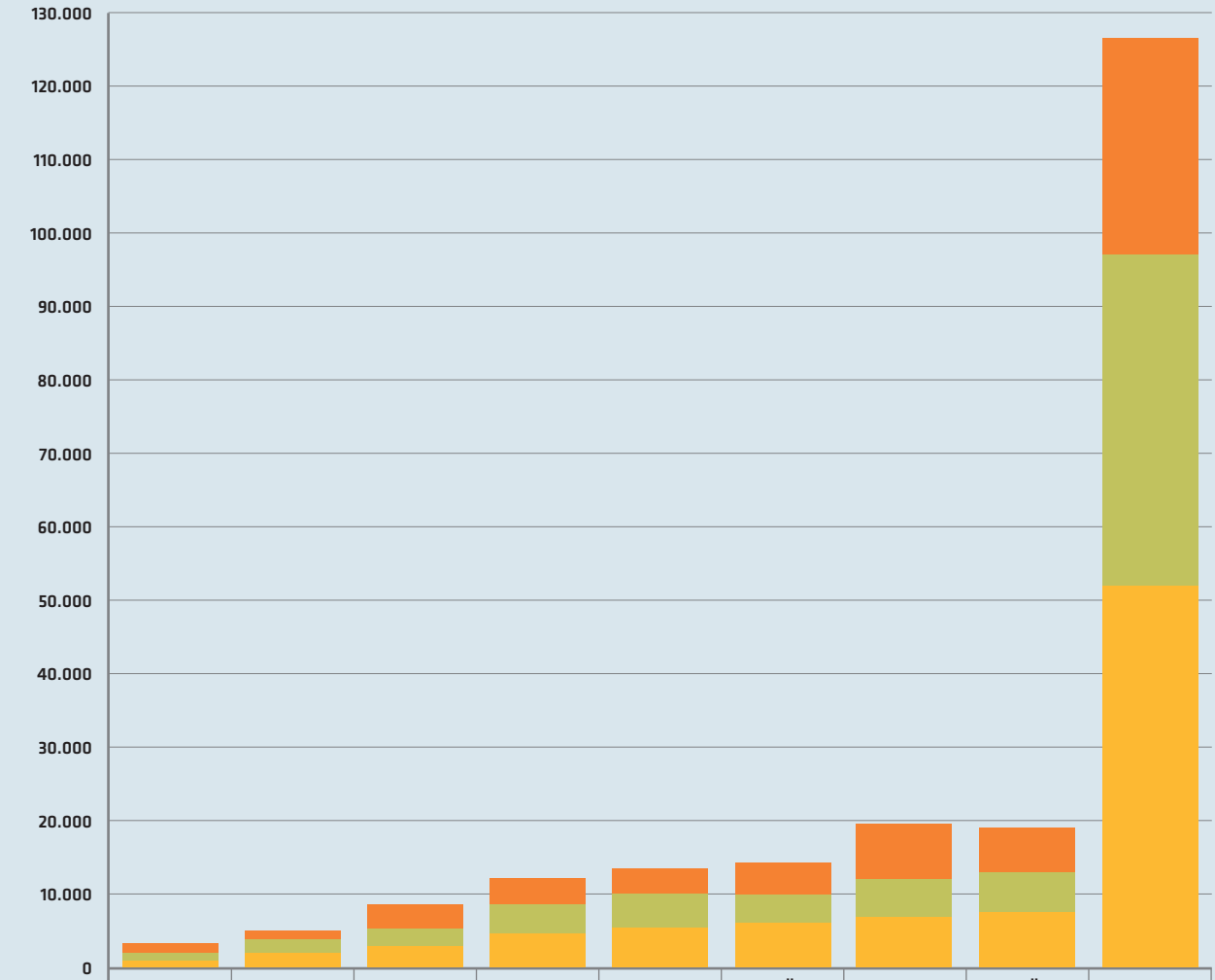
Mindestsicherung und Frauen

Österreichweit gab es 2012 rund 221.300 Mindestsicherungsbezieher/-innen. In Oberösterreich bezogen 2012 rund 14.200 Menschen eine Leistung im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Gegenüber 2011 hat sich die Zahl der Bezieher/-innen um 28,7 Prozent erhöht – der höchste Anstieg im Bundesländervergleich.

Frauen waren in allen Bundesländern stärker auf BMS angewiesen als Männer. In Oberösterreich bezogen 6007 Frauen, 3921 Männer und 4286 Kinder Mindestsicherung.

Frauen stärker auf Mindestsicherung angewiesen als Männer

ANZAHL DER BMS-BEZIEHER/-INNEN IM JAHR 2012 (FRAUEN, MÄNNER UND KINDER)

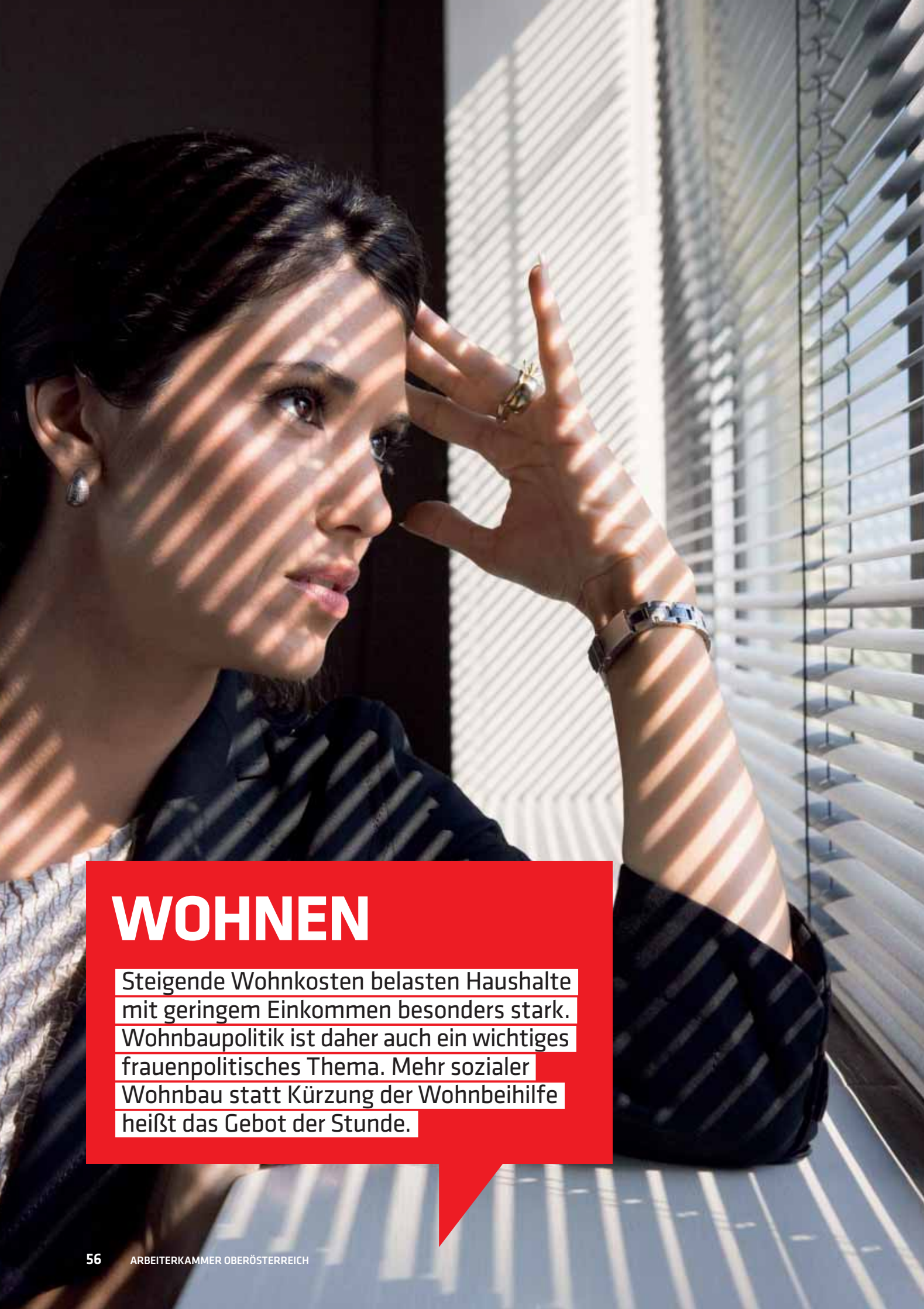


	Bgld.	Ktn.	Vbg.	Sbg.	T	OÖ	Stmk.	NÖ	W
Kinder	876	1058	3223	3442	3426	4286	7528	6025	29.457
Männer	921	1883	2408	3937	4596	3921	5163	5402	44.999
Frauen	1226	2038	2952	4660	5443	6007	6861	7539	52.064

AK Grafik Quelle: Statistik Austria

Unter der Armutsschwelle

Die Höhe der Mindestsicherung beträgt in Oberösterreich z. B. für Alleinstehende/Alleinerziehende 888,10 Euro monatlich (inklusive Wohnbedarf, Wert 2014) zwölfmal pro Jahr. Etwaiges Einkommen und nennenswertes Vermögen (Ausnahmen bestehen!) ist anzurechnen bzw. zu verwerten, bevor man eine BMS erhält. Dieser Mindeststandard liegt weit unter der Armutsschwelle. Armut kann daher durch die BMS nicht umfassend beseitigt werden. (Quellen: Statistik Austria, EU SILC 2012; Statistik Austria, Statistik der BMS)



WOHNEN

Steigende Wohnkosten belasten Haushalte mit geringem Einkommen besonders stark. Wohnbaupolitik ist daher auch ein wichtiges frauenpolitisches Thema. Mehr sozialer Wohnbau statt Kürzung der Wohnbeihilfe heißt das Gebot der Stunde.

EIN FRAUENLEIDEN NAMENS WOHNKOSTEN: WOHNBAUPOLITIK IST FRAUENPOLITIK

Alleinlebende Frauen im Erwerbsalter oder in der Pension sowie Alleinerziehende haben ein hohes Armutsrisiko. Angemessen zu wohnen ist für diese Gruppe besonders schwierig, da hohe Wohnkosten geringe Familieneinkommen besonders stark belasten. Wohnungspolitik oder konkret Wohnbau-Förderungs-Politik ist also ein wichtiges frauenpolitisches Thema.

Wer wenig Geld hat, mietet. Dadurch sind die Betroffenen stark von Förderungen, Wohnbeihilfen und Zuschüssen (z.B. Heizkostenzuschuss) abhängig. Wo es zu wenig geförderte Wohnungen gibt, sind sie den rasant steigenden Mietkosten ausgesetzt.

Die Wohnbaupolitik des Landes Oberösterreich verschärft das Problem, statt es zu lösen. Maßnahmen wie

- die generelle Reduzierung der Wohnbeihilfe (zum Beispiel die Reduktion der geförderten Flächen),
- die wesentliche Einschränkung der bisherigen Begünstigung Alleinerziehender in der Wohnbeihilfe, indem jetzt die gesetzlichen Alimente weitgehend als Haushaltseinkommen berücksichtigt werden und so die Wohnbeihilfe verringert wird, oder
- die höheren Barrieren, überhaupt Wohnbeihilfe bekommen zu können, durch den nun verpflichtenden Nachweis eines eigenen Einkommens über der Geringfügigkeitsgrenze

treffen besonders jene Haushalte, die sich ohnehin am schwersten tun, mit dem Einkommen ein Auskommen zu finden. In Oberösterreich sind 58.000 Frauen (und 48.000 Männer) armutsgefährdet (siehe Kapitel Armut, Seite 53). Das Land Oberösterreich nimmt mit diesen Einschränkungen der Wohnbeihilfe bewusst in Kauf, die Lebenssituation zumindest für einen Teil dieser Haushalte weiter zu verschlechtern.

Wohnbeihilfe gekürzt

Die Wohnbeihilfe ist nach Angaben des zuständigen Landesrates zwischen 2010 und 2013 um 13 Millionen auf 72 Millionen Euro gekürzt worden. Die Anzahl der Wohnbeihilfe beziehenden Haushalte ist im gleichen Zeitraum von knapp 37.000 auf 32.500 gesunken, und das bei rasant steigender Arbeitslosigkeit.

Zu wenig geförderte Wohnungen, rasant steigende Mieten

Wohnbaupolitik in OÖ verschärft Probleme, statt sie zu lösen

Miete für Einkommensschwache bereits über 50 % des Haushaltseinkommens

Die österreichische Nationalbank*) hat eine Wohnkosten-Erhebung publiziert, die zeigt, dass im untersten Einkommensquartil die Wohnkostenbelastung bei Mietern/-innen bereits 51 (!) Prozent des Haushaltsnettoeinkommens ausmacht. Der Anteil der Wohnkosten am Einkommen ist während der vergangenen vier Jahre um zwei bis sechs Prozent gestiegen.

Versteckte Obdachlosigkeit schafft neue Probleme für Frauen

Frauen sind von hohen Wohnkosten überdurchschnittlich betroffen:

WOHNKOSTENANTEIL > 25 % DES EINKOMMENS

	Betroffene	
	Frauen	Männer
Alleinlebende Frauen/Männer – mit Pension	40	29
Alleinlebende Frauen/Männer – ohne Pension	54	48
Ein-Eltern-Haushalte	53	53
weibliche/männlicher Hauptverdiener/-in	36	14

AK Grafik Quelle: EU-SLIC 2012; subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen

Es darf daher niemanden überraschen, wenn diese Trends (in Oberösterreich auch noch verschärft durch eine fehlgeleitete Sparpolitik bei der Wohnbeihilfe) zu immer größeren Problemen bis hin zur Obdachlosigkeit führen. Frauen versuchen oft, ihre Notlage zu verbergen und bei Freunden/-innen oder Bekannten unterzuschlüpfen. Teilweise lassen sie sich auf Zweckpartnerschaften ein. So entstehen neue Abhängigkeiten, die Probleme bleiben die alten.

Sparen bei Wohnqualität

Auch die Wohnqualität ist eine Schraube, die aktuell leider nach unten gedreht wird. Anstatt wie früher zu fragen, welche Notwendigkeiten „Gender Housing“ eigentlich an den sozialen Wohnbau stellen würde, werden Qualitätsstandards zurückgeschraubt. Vorgeblich sollen Wohnkosten reduziert werden. Tatsache ist aber, dass das Land Oberösterreich immer wieder Wohnbauförderungsmittel zweckwidrig für das allgemeine Budget verwendet und das Wohnbauressort viel zu niedrig dotiert.

*) Christian Beer, Karin Wagner. Wohnkostenbelastung der österreichischen Haushalte: Ergebnisse einer aktuellen Erhebung. Österreichische Nationalbank, Geldpolitik und Wirtschaft 4Q2012. Seite 82 - 94

FORDERUNGEN

Gleichstellungspolitik ist eine zähe Sache. Die Aufarbeitung der Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt zusätzlich als Bremse. Die Arbeiterkammer wird auch in Zukunft nicht locker lassen, wenn es um die berechtigten Forderungen von Arbeitnehmerinnen geht.

NOTWENDIGE VERBESSERUNGEN, UM GLEICHSTELLUNG ZU ERREICHEN

Damit Frauen im Beruf und in der Gesellschaft wirklich gleichgestellt sind, ist noch einiges zu tun. Hier die wichtigsten Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich:

Beschäftigung

- Lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung und Recht auf Wechsel zwischen Teilzeit und Vollzeit
- Generelle Verkürzung der Vollzeit mit Ausgleich bei Lohn und Personal, Mitsprache des Betriebsrats bei Bemessung des Personalstands, damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt
- Sechs Urlaubswochen für alle, die 25 Jahre erwerbstätig sind, unabhängig davon, ob sie immer im gleichen Betrieb beschäftigt waren

Einkommen

- Deutliche Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter , 1500 Euro Mindestentgelt
- Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, korrekte Bezahlung von Über- und Mehrstunden
- Senkung des Eingangssteuersatzes, jährliche Anpassung der Steuerstufen an die Inflation

Arbeitsbedingungen

- Die Verbesserung von Arbeits- und Rahmenbedingungen ist dringend notwendig, wenn Frauen lange am Arbeitsmarkt teilhaben sollen.
- Evaluierung psychischer und körperlicher Belastungen am Arbeitsplatz, verpflichtende Umsetzung der erhobenen Maßnahmen, Stärkung des Arbeitsinspektorats für effektive Kontrollen.
- Verantwortung der Führungskräfte und der Unternehmensleitung stärker in den Fokus rücken.

Gesundheit

- Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern im Gesundheitswesen
- Jährliche geschlechtsspezifische Gesundheitsberichte zur sozioökonomischen und gesundheitlichen Situation der Frauen
- Prävention und Gesundheitsförderung sowie medizinische Diagnostik und Therapie müssen geschlechtsspezifisch sein und den Bedürfnissen der Frauen entsprechen

Arbeitslosigkeit

- Zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit brauchen Oberösterreich bzw. Österreich ein Konjunkturbelebungsprogramm zur Ankurbelung von Wirtschaft und Beschäftigung sowie zur Genesung der öffentlichen Finanzen. Investitionen in den Sozialstaat haben vielfältige positive Auswirkungen und rechnen sich auch fiskalisch.

- Die Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 75 Prozent sowie die Streichung der Partnereinkommensanrechnung bei der Notstandshilfe sind entscheidende Maßnahmen, damit die Geldleistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung ihre existenzsichernde Funktion erfüllen, vor allem auch für Frauen.
- Praxistaugliche Qualifizierungsangebote für Frauen zur Aus- und Weiterbildung und zur Förderung des Wiedereinstiegs.

Insolvenz

- Bessere finanzielle Unterstützung bei Stiftungsteilnahme – Bildung muss auch für alleinerziehende Frauen leistbar sein
- Anhebung von kurzen Verfallsfristen auf die gesetzliche Verjährungsfrist von drei Jahren

Bildung

- Rechtsanspruch auf eine Arbeitswoche für betriebliche Weiterbildung, Schaffung eines Aus- und Weiterbildungsfonds
- Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit durch Schaffung einer gemeinsamen Schule in ganztägig verschränkter Form. Das bringt mehr Chancengerechtigkeit und mehr Zeit für individuelle Förderung.

Kinderbetreuung

- Umsetzung des Barcelona-Ziels bei den Unter-Dreijährigen bis spätestens 2015
- Ausweitung der Kindergartenplätze, die den VIF-Kriterien entsprechen, auf 45 Prozent bis 2015
- Qualitätsoffensive z.B. durch bessere Betreuungsschlüssel, die Aufwertung der Pädagogen/-innen, eine umfassende Sprachförderung in den Einrichtungen und eine verpflichtende Kooperation der Betreuungseinrichtungen an der Schnittstelle Kindergarten/Schule

Gleichbehandlung

- Die Beweislastregel muss unmissverständlich so formuliert werden, dass der/die Beklagte den vollen Beweis dafür antreten muss, dass eine Entscheidung nicht auf diskriminierenden Motiven beruht (so wie EU-Richtlinien dies vorschreiben).
- Mindestschadenersatzanspruch bei Jobverlust in Höhe von mindestens sechs Monatsentgelten (analog zur Judikatur zum Behindertenteinstellungsgesetz)
- Koppelung von öffentlicher Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung an betriebliche Gleichstellungsmaßnahmen

Führung

- Rasche Einführung einer gesetzlichen Geschlechterquote von 40 Prozent bei der Besetzung von Aufsichtsratsmandaten
- Wirksame Sanktionen bei Nichteinhaltung der Quotenregelung wie spürbare Geldstrafen oder eine Eintragung im Firmenbuch

Migration

- Eigener Aufenthaltstitel auch für im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich gekommene Ehepartnerinnen
- Harmonisierung des Aufenthalts- und Beschäftigungsrechts: Wer legal nach Österreich gekommen ist, soll auch hier bleiben und arbeiten dürfen.

Europäische Union

- Eine solidarische europäische Politik, die eine faire Verteilung der Einkommen und Vermögen und den Ausbau der sozialen Sicherheit zu den höchsten Zielen erklärt, würde auch zur Gleichstellung beitragen. Das Festklammern an neoliberaler Kürzungspolitik schadet nicht nur den Arbeitnehmern/-innen insgesamt, sondern vertieft auch die Kluft zwischen Frauen und Männern.
- Die Gleichstellung von Männern und Frauen darf kein „Schönwetterprogramm" sein, noch dazu mit dem Vorbehalt, dass sie sich wirtschaftlich „rechnet". Vielmehr geht es um einen grundsätzlichen Anspruch. Die finanziellen Mittel für Gleichstellungspolitik müssen daher aufgestockt werden.
- Im Rahmen der EU-Förderprogramme, besonders im Rahmen des Strukturfonds, des Sozialfonds und der Gelder für ländliche Entwicklung, müssen Gleichstellungsziele stärker berücksichtigt werden. Vorrangig sind die Sicherung und der Ausbau zentraler Säulen der Gesellschaft wie Gesundheit, Pflege, Bildung und Kinderbetreuung. Grundsätzlich braucht es mehr Mittel zur Förderung von Bereichen, in denen Frauen beschäftigt sind.

Care

- Stärkere öffentliche Gestaltungsverantwortung für „Sorgearbeit", Ausbau der sozialen Dienste wie Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung Älterer und Beeinträchtigter
- Gerechte Verteilung der „Sorgearbeit" zwischen den Geschlechtern (z.B. Ausbau „Papamonat" und Väterkarenz)
- Arbeitsbedingungen in und soziale Bewertung von „Care"-Berufen verbessern

Pension

- Keine vorzeitige Heranführung des Regelpensionsalters der Frauen an jenes der Männer, bevor nicht eine Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft erfolgt ist.
- Höhere Bewertung von Kindererziehungszeiten bei der Pensionsberechnung im Pensionskonto in der Höhe des durchschnittlichen Erwerbseinkommens der Unselbständigen (Männer und Frauen).
- Höhere Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit in der Höhe der vollen Beitragsgrundlage (gleich wie beim Krankengeld).
- Eine deutliche Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes in der Pensionsversicherung und höhere Pensionsanpassungen besonders bei niedrigen Pensionen.

Armut

- Mindestlohn/-gehalt von 1500 Euro brutto bei Vollzeit
- Erhöhung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bis über die Armutsschwelle. Dabei ist zu gewährleisten, dass Bedürftige die notwendige Hilfe rasch erhalten.

Wohnen

- Das Wohnbaubudget muss endlich wieder adäquat dotiert werden, um die Neubauleistung dauerhaft anzuheben und über spezielle Förderungsschienen besonders günstige Wohnungen für armutsgefährdete bzw. sozial bedürftige Haushalte anbieten zu können.
- Aspekte der Wohnqualität insbesondere für Frauen wie zum Beispiel die Vermeidung von Angsträumen, alltagsgerechte Grundrisse oder auch die freundliche Gestaltung der Außenanlagen müssen wieder in den Vordergrund gestellt werden.
- Das Land soll endlich die zusätzlichen Mittel des Bundes für zusätzlichen geförderten Wohnbau abholen und so die dringend notwendige Ausweitung des geförderten Wohnbaus finanzieren.
- Die Wohnbeihilfe und die Leistungen für den Wohnbedarf im Rahmen der Bedarfsorientierte Mindestsicherung sind so aufeinander abzustimmen, dass für sozial Bedürftige der tatsächliche Wohnaufwand abgedeckt werden kann und somit die Gefahr von Verarmung, aber auch von Obdachlosigkeit effektiv verhindert wird.

DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

AK Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: 050/6906

AK Braunau, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: 050/6906-4111

AK Eferding, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: 050/6906-4211
(während des Umbaus derzeit Stefan-Fadinger-Straße 1)

AK Freistadt, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: 050/6906-4312

AK Gmunden, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: 050/6906-4412

AK Grieskirchen, Manglburg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: 050/6906-4511

AK Kirchdorf, Sengsschmiedstraße 6, 4560 Kirchdorf, Tel: 050/6906-4611

AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: 050/6906-4711

AK Ried, Roseggerstraße 26, 4910 Ried im Innkreis, Tel: 050/6906-4813

AK Rohrbach, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: 050/6906-4912

AK Schärding, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: 050/6906-5011

AK Steyr, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: 050/6906-5116

AK Vöcklabruck, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: 050/6906-5217

AK Wels, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: 050/6906-5318

Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Nummer 57/2014,
Zl.-Nr.: GZ 02Z033937 M, AK-DVR 0077747
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich,
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel. +43 (0)50 6906-0
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
siehe ooe.arbeiterkammer.at/impressum.htm
Stand: Juni 2014
Hersteller: DIREKTA Druckerei & Direktmarketing GmbH,
Petzoldstrasse 6, 4020 Linz
ooe.arbeiterkammer.at

AK Oberösterreich